

AUFLÖSEN

GEGEN FASCHISMUS UND DEMOKRATISCHEN NORMALZUSTAND.

Liebe Leser_innen,
entweder du hast die Zeitung bewusst genommen, oder irgendwer hat sie dir in die Hand gedrückt – auf jeden Fall hältst du jetzt die „Auflösen“ in der Hand. Anlass ist der geplante Naziaufmarsch am 1. Mai. Mit dieser Zeitung fahren wir allerdings keinen Kuschelkurs. Weder mit dem demokratischen Normalzustand, noch mit dessen ekligsten Zuspitzungen – den Nazis. An der falschen Kritik die die Demokrat_innen an den Nazis haben, lässt sich einiges über deren Selbstverständnis zeigen. Warum zum Beispiel Nazis nicht zu Deutschland passen, ihre Argumente aber schon, werden wir auf den nächsten Seiten zeigen.

Die bestehenden Verhältnisse
... auflösen!

Wir verwenden den Unterstrich, die „Gender_Gap“, weil wir Raum lassen möchten für die sprachliche Repräsentation aller Menschen, auch jenseits von männlichen und weiblichen Geschlechtern bzw. Geschlechtsidentitäten. Selbstverständlich gehen wir jedoch nicht davon aus, dass die Unterdrückungsverhältnisse durch einen veränderten Sprachgebrauch abgeschafft werden könnten. Am Ende dieser Zeitung findet ihr ein Glossar in dem schwer verständliche Wörter ausführlich erklärt werden.

Die Redaktion



[Inhalt]

...die Verhältnisse umrühren, nicht die Suppe!	3
Die Nazis passen nicht zu Deutschland – ihre Parolen schon.	5
Kein schöner Land. Warum Rassismus bei Deutschland anfängt	8
Solidarität ist eine Waffe – Bitte durchladen!	10
Den Menschen soll es duftig gehen	11
„Woran erkennt man Neonazis?“ Steckbriefe und Enttarnungen als Kritikersatz	12
Mit Sarrazin-Partei Deutschlands (SPD) gegen die NPD? Zur neuesten Nützlichkeits-Debatte	13
Rechter Anti-Klassenkampf: „Arbeit für Deutschland“	16
Glossar	18
Termine und Links	19

[Impressum]

Die Verteiler_innen sind nicht mit den Macher_innen identisch.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den_die Adressatin Eigentum des_der Absender_in. >>Zur-Habe-nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe von Gründen an den_die Absender_in zurückzusenden.

Auflage: 7.000 Stück | April 2011

V.i.S.d.P: Simone Kladibat, In der Vahr 45, 28395 Bremen

Polly Peachum

...die Verhältnisse umrühren, nicht die Suppe!

Der 1. Mai, der Tag der Arbeit, war und ist das Datum, das mit Befreiungs- und Arbeitskämpfen in Verbindung gebracht wird. Die Gewerkschaften demonstrieren und tragen ihre Forderungen auf die Straße. Auch Frauen und Feminist_innen* sind als Erwerbstätige aktiv in diese Kämpfe involviert.

Vom Regen in die Traufe

Dass das so ist, ist unter anderem den feministischen Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts zu verdanken. Die Möglichkeit zur Beteiligung an Lohnarbeit bedeutete die Befreiung von Frauen vom tristen Dasein hinterm Herd. Doch was die unmittelbare finanzielle, soziale und rechtliche Abhängigkeit vom (Ehe-)Mann beendete, verlangte die frischfröhliche Entscheidung jeder Einzelnen, sich auf den Arbeitsmarkt zu werfen und dessen Prinzipien anzupassen. So hat sich nur gewandelt, wem Frauen unterworfen sind, nicht, dass sie es sind. müssen sich Frauen faktisch einer Doppelbelastung stellen: Gerne schrubben wir die Küche auch noch nach Feierabend – und sind so erfolgreich & schön sowohl bei Lohnarbeit als auch bei Reproduktionsarbeit.

Fit for Job ist meine Freizeit

Ein Grund, sich mal den schäbigen Inhalt und Zweck der Reproduktionsarbeit genauer anzugucken: Die Sphäre der Reproduktion heißt nämlich nicht zufällig genau so – und nicht z. B. einfach ‚Versorgung‘ der eigenen Person und derer, die dazu nicht selbst in der Lage sind. Alle darin enthaltenen Tätigkeiten (waschen, putzen, kochen, häkeln, Pantoffeln holen, füttern, wickeln, einkaufen, zuhören, Betten machen etc.) sind nicht einfach nur Notwendigkeiten, wie sie in jeder Gesellschaft gemacht werden müssten, sondern sollen der Herrichtung für die anspruchsvolle Welt der Lohnarbeit dienen, sprich: Sollen die Arbeitskraft reproduzieren, d. h. wiederherstellen (also auch das Vorhandensein zukünftiger Arbeitskräfte garantieren: der liebe Nachwuchs...). Die Reproduktionsarbeit ermöglicht also immer wieder aufs Neue die Lohnarbeit.

Die gelegentlich formulierte Forderung, auch die Reproduktionsarbeit als notwendige und wertvolle Arbeit anzuerkennen, missachtet, dass in dieser Gesellschaft Arbeit nur dann zählt und nur dann bezahlt wird, wenn sie Wert schafft. ‚Bezahlte Hausarbeit‘ wäre also erstens – kapitalistisch betrachtet – grober Unfug und zweitens nichtmal im Ansatz ein Ende der Ausbeutung. Dass die Arbeiter_innen ihr Einkommen aus eigenem Interesse dafür verwenden, sich selbst wieder herzustellen, wird als Selbstverständlichkeit unterstellt.

Von individuellen Entscheidungen und Klassenfragen

Dabei spielt allerdings nicht nur die Kategorie ‚Geschlecht‘ eine entscheidende Rolle in der Frage, wer wie viel und welche Reproduktionsarbeiten übernehmen muss, sondern genauso, welcher gesellschaftlichen Schicht eine Frau angehört: Für die weiße*, zahlungsfähige Frau des 21. Jahrhunderts gehört zur ‚individuellen Selbstverwirklichung‘ nicht nur die freie Wahl der Frisur, der Umstandsmode und des Fitnessstudios, sondern auch die eigene Zurichtung und Verwertbarmachung für die Karriere. Für die weniger gut betuchte Frau bedeuten

die neuen ‚Freiheiten‘, nach der 8-Stunden-Schicht auch noch Nachwuchs & Macker_in zu versorgen. So können sich eben auch nur bestimmte Hausfrauen aus ihrer gesellschaftlichen Rolle freikaufen: Im Sektor der Care Work werden die traditionellen Frauenarbeiten besonders gerne Women of Color* oder allen anderen Frauen, die Kohle brauchen, zu beschissenen Löhnen angeboten. So werden Opas Betreuung und die Freuden der Raumpflege zwar aus dem Bereich der unbezahlten Reproduktionsarbeit gehoben, bleiben aber faktisch Tätigkeiten, die jede_r individuell für sich erledigen (lassen) muss. grundlegend gesellschaftliches Verhältnis (die Erledigung von Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit) wird also (z. B. mit Hilfe von Geschlecht) individualisiert und privatisiert – alle müssen selber sehen, wie sie klarkommen.

Neoliberalismus ahoi

Dieses „Klarkommen“ drückt sich in einer pseudo-pluralistischen Ideologie aus, die es zu einer privaten Geschmacksentscheidung macht (oder, im zynischen Fall, als Selbstverwirklichung deklariert), wie wir es schaffen, jeden Tag wieder gut gelaunt an der Stechuhr zu stehen. Dank Diversity Management & Co. ist es dabei neuerdings auch nicht mehr ganz so schlimm, dass wir schwul, bi, transsexuell, lesbisch, asexuell und polyamourös* leben. So zu sein, wie wir Bock haben, ist in dieser Gesellschaft so lange okay, wie die vermeintliche Andersheit der Individuen kapitalistisch verwertbar ist. Solange wir morgens wieder pünktlich zur Arbeit erscheinen, kann es dem Kapital egal sein, ob Er oder Sie (oder Sie oder Sie) den Müll rausgetragen hat.

Dass Frauen dabei ein ganz besonderer Part der Reproduktionsarbeit zugeschrieben wird, das Kinderkriegen, lässt sich dabei noch wunderbar als ‚Schwäche‘ auf dem Arbeitsmarkt auslegen, die es rechtfertigt, ihnen pauschal noch weniger Lohn zu zahlen. Diese aggressive Umkehrung einer Berücksichtigung der individuellen Besonderheiten verdeutlicht, dass jedem vermeintlichen oder realen Unterschied von



Menschen im Kapitalismus Rechnung getragen wird – allerdings nicht im Sinne einer individuellen Bedürfnisbefriedigung, sondern als individuell zugeschnittene Ausbeutung.

Ideologischer Überbau: Der sexistische Normalzustand

Doch auch wenn kapitalistische Produktion prinzipiell ohne geschlechterstereotype Ausbeutung und Arbeitsteilung denkbar wäre, leben wir noch immer im strukturellen Patriarchat. Geschlechterstereotype sind weiterhin (und durchaus gewaltsam) wirksam. Ein breiter antifeministischer Konsens, nicht nur manche Nazis, beharrt auf offen regressiven* Positionen: Menschen hätten von Natur aus unterschiedliche geschlechtsspezifische Eigenschaften – kurz: Frauen sollen Kinder kriegen, Männer das Geld ranschaffen. (Heterosexuelle) Liebesbeziehungen sollen das Ganze etwas erträglicher machen. Der reaktionäre Durchschnitts-Stammtischdeutsche setzt seine Ideologie, sein falsches gesellschaftliches Bewusstsein, im Zweifel gerne auch mal gewaltsam durch, sodass wir uns dreimal überlegen müssen, mit wem wir auf der Straße knutschen.

Die schönen neuen ‚Freiheiten‘ als gender-optimierte Ausbeutung

Dabei ist allerdings wichtig, zu differenzieren zwischen dem gesellschaftlichen Bewusstsein einerseits (inklusive einem Bewusstseinswandel beinahe bis zur allgemeinen Erkenntnis, dass Frauen soo dumm nicht sind) und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen andererseits, deren Verwertbarkeitskriterien es einfach entspricht, Frauen auch malochen

zu lassen. Diese beiden unterschiedlichen Sphären können durchaus gleichzeitig und im Widerspruch zu einander existieren. Denn im Kontrast zu o. g. sexistischem Normalzustand scheint der Staat fast ein Vorreiter des Feminismus zu sein, wenn er Frauenquoten, Elternzeit und Gleichstellungsgesetze einführt. Dass er hier nicht aus lauter Menschenfreundlichkeit dafür sorgt, dass auch Frauen schufften ‚dürfen‘, liegt auf der Hand. Vielmehr wurde in ihrer Arbeitskraft bisher ungenutztes Potenzial entdeckt, das nun innerhalb der kapitalistischen Ausbeutung zur Profitmaximierung beiträgt.

...let's take the first train out of here!

Wir schlafen gerne länger und haben keinen Bock auf Leistungsdruck. Auf die jämmerlichen ‚Freiheiten‘, die diese Verhältnisse uns suggerieren*, schießen wir. Kapitalismus heißt immer Existenzangst und Ausbeutung – unsere Bedürfnisse werden hier allerhöchstens nach Verwertbarkeitskriterien bedacht. Und deshalb feiern wir am 1. Mai nichts außer der Lust darauf, dass endlich alles anders wird.

Anzeige

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahrszeitschrift

1-11

Das Finanzkapital

IV. Das internationale Finanzgeschäft
und die Konkurrenz der Nationen

Volksaufstand in Ägypten

Viel Aufruhr – für nichts als einen Antrag auf bessere Herrschaft,
den das Militär erhört

Die bürgerliche Öffentlichkeit und ihre modernen Wurmfortsätze

WikiLeaks und die anderen –
Herrschaft einfach weginformiert

„Der Kampf um die Seltenen Erden“
und andere strategische Metalle

Imperialistische Rohstoffsicherung

Obamas Nahost-Politik: Bewährungsprobe für die amerikanisch-israelische Allianz · Demokratisches Auslandsjournal · Spendierhosen für gewerkschaftliche Zurückhaltung beim Lohn · Zwei Bild-Reporter landen im iranischen Knast – und in Bild auf Seite eins! · Die Wahloffensive der GRÜNEN im Wahljahr 2011 – Deutschland besser regieren mit der „Gemeinwohlpartei“: Politökonomisch „nachhaltiger“ – demokratisch „engagierter“ · Neujahrsansprache 2011: So mag Merkel ihr Volk · Terroranschlag am Moskauer Flughafen · Leserbrief: „Sind die marxistischen Kritiker der Moral nicht selbst die größten Moralisten?“

Anzeige

Schwerpunkt der Ausgabe 1/2011:



Mord und Totschlag als staatliche Option

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Zuschriften und Anfragen an:
Rote Hilfe Redaktion
Postfach 3255,
37022 Göttingen
rhz@rote-hilfe.de

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen die Repression

Die Nazis passen nicht zu Deutschland – ihre Parolen schon

Neonazis marschieren mal wieder auf und grölen ausländerfeindliche, rassistische und nationalistische Parolen: „Ausländer raus!“, „Volksgemeinschaft statt Globalisierung!“ oder „Arbeitsplätze für Deutsche!“ Wie unverträglich sind diese Parolen eigentlich mit dem offiziellen deutschen Staatsprogramm der Regierung Merkel? Wer sich die Parolen der Braunen einmal anschaut, fragt sich schon: Gegen welchen demokratischen Konsens verstoßen die eigentlich? Was sagen sie denn, was sich sonst in keiner der regierenden Parteien und keiner anständigen deutschen Zeitung gehört?

Braune Parole 1: „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“

Klar, sagen tut das so niemand unter den gewählten Politiker_innen, sie haben es sogar verboten. Schließlich haben sie ja auch Millionen ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland karren lassen, damit sie ihren billigen Dienst an der deutschen Nation verrichten. Zahllose unter ihnen dürfen das nicht mehr, sie sind überflüssig gemacht worden, weshalb alle regierenden Demokrat_innen heute ein Ausländer_innenproblem haben. Schließlich haben die regierenden Demokrat_innen nicht nur mit der ganzen Kraft des Gesetzes für die Trennung von Inländer_innen und Ausländer_innen gesorgt, sondern sorgen sich auch darum, dass sie nach Möglichkeit draußen bleiben, wenn sie nicht ausdrücklich Deutschland Nutzen bringen. Tagtäglich verkünden sie, dass „wir Ausländer brauchen, die uns nützen, und keine, die uns ausnützen.“ Der Bundespräsident heißt am Nationalfeiertag Ausländer_innen willkommen, wenn und nur wenn sie sich in Deutschland nützlich machen. Sind das keine klaren Ansagen, nach welchen Maßstäben die deutsche Obrigkeit von heute die Menschen sortiert? Denn die Umkehrung, dass zigtausende arbeitslos gemachte Ausländer_innen hier eigentlich nichts mehr verloren haben, weil sie tendenziell „in unsere Sozialsysteme einwandern“, ist in dieser großherzigen Einladung ja mit enthalten. Eine schöne Lebensperspektive für Ausländer_innen – unter den Generalverdacht gestellt zu werden, am deutschen Sozialstaat zu schmarotzen! Und einige Tausend fliegen jedes Jahr sowieso raus, weil sie den politischen Opportunitäten des Asylrechts oder den Bestimmungen des Ausländerrechts nicht genügen.

Echten Deutschen kann das nun tatsächlich nicht passieren; die genießen das Privileg, garantiert bis zur Bahre von der deutschen Herrschaft regiert zu werden, einer Herrschaft, die am eigenen Volk seine verlässliche Staatstreue, seine unerschütterliche Parteilichkeit für die deutsche Nation schätzt. Diese Loyalität ist nämlich eine überaus positive Bedingung zum Regieren, gerade wenn sich im Volk die Gründe für Unzufriedenheit durch Armut und Elend häufen.

Die deutschen Bürger_innen danken dieses großartige Privileg ihrer Obrigkeit zutiefst, indem sie ungefähr so patriotisch denken, wie es die Nazi-Parole sagt – und zwar im Regelfall umso radikaler, je beschissener ihre soziale Lage ist. Sie haben, arbeitslos oder nicht, die Lektion gelernt, die Unzufriedenheit mit ihrer Lage – und davon künden die zahllosen Beschwerden über ebenso zahllose Ungerechtigkeiten – in eine patriotische Anspruchshaltung an ihre Obrigkeit münden zu lassen: Ihr Staat soll ihnen beistehen in ihrem Elend! Als Deutsche verlangen sie von ihren politischen Herr_innen Besserstellung – und das heißt immer, die oberste Gewalt soll

mit den anderen, in diesem Fall den Ausländer_innen, härter umspringen, auch wenn die die gleiche marktwirtschaftliche Not leiden wie sie selbst.

Aus diesem allgegenwärtigen staatsbürgerlichen Sumpf erwachsen Rechtsradikale: Die nehmen die Erwartung, dass die politischen Herr_innen exklusiv für sie zuständig sind, bitter ernst und sind von den Taten ihrer demokratischen Regierung tief enttäuscht. Die Kalkulationen demokratischer Ausländerpolitik deuten sie sich als Schwäche und Verrat an den berechtigten Ansprüchen des deutschen Volkes, so dass sie von eben dieser Staatsgewalt ohne Umschweife und direkt fordern: „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“

Braune Parole 2: „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein!“

Dass Rechtsradikale mit ihrem Nationalstolz sich selbst feiern, um andere auszugrenzen, ist klar. Aber was ist einzuwenden, wenn sich die Kanzlerin oder der Präsident aufbaut und Ausländer_innen, die in Deutschland vielleicht arbeiten und leben wollen, zurnt: „Wir sind eine Wertegemeinschaft!“ Da fällt einem schon auch auf, dass hier Herrschende ihrer Gemeinschaft ein penetrantes Selbstlob zusprechen. Dieses Selbstlob ist zugleich eine Drohung: Da wird nämlich den „Fremden“, die sich hier aufhalten wollen, der Maßstab aufgemacht, dem sie sich bedingungslos anzupassen haben. Ein Lob an die eigene Adresse, das schon überhaupt keine Begründung mehr braucht, was an dieser deutschen Gemeinschaft so toll sein soll, weil der Begriff der „abendländischen“, „westlichen“ oder eben: „deutschen Werte“ für sich schon sagt, dass alle Mitglieder den höchsten und besten Prinzipien dienen? Genau so, als spitzenmäßige Wertegemeinschaft, wollen demokratische Politiker_innen ihre Nation verstanden wissen und ermuntern auf diese Art ihre deutschen Bürger_innen, auf sich als Deutsche stolz zu sein!

Diese Ermunterung findet beim angesprochenen Volk ein bombiges Echo: Erstens in der soliden, politisch stets abrufbaren Abneigung gegen Fremde. Zweitens lässt sich das Volk keine noch so blöde Gelegenheit, die ihm von oben geboten wird, entgehen, sein verkehrtes Bedürfnis nach einer höheren verschworenen Gemeinschaft, die einen stolz macht, zu befriedigen: „unsere Lena“, „unser Aufschwung“, die Fußball-Nationalmannschaft, „wir sind Papst!“ usw. usf. – Verkehrt schon deswegen, weil es im marktwirtschaftlichen Alltag dieser deutschen Gemeinschaft von beinharten Gegensätzen nur so wimmelt. Gegensätze, die übrigens gerade das sogenannte „einfache Volk“, Arbeitnehmer_innen, Arbeitslose, Mieter_innen usw., sehr genau kennt und jeden Tag sehr unangenehm zu spüren bekommt. Für gute Patriot_innen sind das jedoch nur Widrigkeiten, die in Anbetracht der Zugehörigkeit zu einem so großartigen nationalen Kollektiv unbeachtlich sind. Das bietet mit viel Einbildung eine gemütliche Heimat, wichtiger aber noch: Der Stolz auf dieses vorzügliche Kollektiv erlaubt, die „Fremden“, die der Glanz der Zugehörigkeit zu diesem Kollektiv nicht veredelt, von oben herab anzuschauen, ja zu verachten.

Was unterscheidet eigentlich diese allseits praktizierte und anerkannte Unsitte von den Rechtsradikalen? Ist es am Ende nur die rohe, ungehobelte, mit Knobelbechern und Brauhemd demonstrativ vorgetragene Art, die anständige Deutsche stört? Die Nazis nehmen sich heraus, ihren nationalistischen Stolz ungebremst zur Schau zu stellen. Aber sind denn

Fahnenschwenken, Grölen und Gesichter-Anmalen beim Public-Viewing ganz was anderes und haben mit diesem nationalistischen Stolz nichts zu tun?

Braune Parole 3: „Die globale Krise zerstört unsere Wirtschaft – kauft deutsche Produkte!“ – „Volksgemeinschaft statt Globalisierung!“

So tönen Neonazis zur Weltwirtschaftskrise. Auf die Tour, Deutschland als Opfer auszugeben – unverantwortliche Geldhäuser in Amerika waren die Haupttäter – haben sich auch Merkel, Steinbrück, Schäuble usw. verstanden. Aber das war nur der Auftakt zum Angriff auf andere Staaten: Jetzt werden „wir“ die niederkonkurrieren. Deutschland soll stärker aus der Krise hinausgehen als ...; Frankreich geht es nichts an, wenn wir durch Lohnsenkungsrunden den Rest von Europa niederkonkurrieren; die Griech_innen sollen für ihre Erfolgslosigkeit zahlen, damit unser Euro nicht kaputt geht. Das sind nichts anderes als die gar nicht „gestrigen“, sondern demokratisch-aktuellen Ansprüche und Zurechtweisungen, mit denen die deutsche Regierung mit all ihrer Macht Schaden von der deutschen Nation abwendet und anderen Nationen aufhalst: Ein verdienendes Bankenwesen, wachsende Unternehmensbilanzen und eine erfolgreiche Währung für den deutschen Standort – das sind die Sorgeobjekte der Politiker, denen sie alle anderen Lebensinteressen, sei es in Deutschland oder anderswo, bedingungslos unterordnen. Eine nationale Öffentlichkeit verdolmetscht mit einem gigantischen Propagandaaufwand diese Staatsorgen den Leuten, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, als ihre eigenen Interessen: „Unsere Wirtschaft“ muss gut durch die Krise kommen.

Dass „deutsche Produkte“ von den Deutschen gekauft werden sollen, damit „unsere Wirtschaft“ nicht an der Krise leidet, diese Parole der Neonazis ist den regierenden Standortpolitiker_innen allerdings wirklich zu bescheiden – die senken mit Leih-, Kurzarbeit, ihrer Niedriglohn- und Armenpolitik dermaßen den Preis der Arbeit, dass die ganze Welt an deutschen Produkten als unwiderstehlichem kapitalistischem Angebot nicht vorbeikommt. Dass sie anderen Staatsführer_innen da und dort auch mal Zugeständnisse machen, das ist deswegen auch alles andere als eine nationale Schwäche, wie die Rechtsradikalen meinen, wenn sie Merkel, Westerwelle und Co die „Globalisierung“ als „Verrat an der deutschen Volksgemeinschaft“ vorwerfen. Das gehört vielmehr mit zu dem Instrumentarium, mit dem moderne Weltmarktstrateg_in-

nen kühl kalkulierend der deutschen Wirtschaft den globalisierten Markt erschließen und sichern.

Braune Parole 4: „Raus aus Afghanistan – kein Blut für die USA!“

Da haben die Nazis doch wirklich „in die Mitte der Gesellschaft“ getroffen. Wer ist, die Regierenden eingeschlossen, mit diesem Krieg schon zufrieden? Längst werden Abzugspläne geschmiedet, seit Kriegsbeginn wird mit den USA um die Kriegslasten gestritten, weil Verlauf und Ergebnis für die Nation zu wünschen übrig lassen. Diese Skepsis verwechselt auch niemand mit einer Gegnerschaft gegen Krieg überhaupt: Dass der Einsatz von Waffen und Volk ein legitimes Mittel demokratischer Politik ist, daran haben sich längst alle gewöhnt, bis auf eine als weltfremd verschriene kleine Minderheit bei den Linken vielleicht.

Nur: Ein Krieg muss sich eben lohnen, für die Nation, und da beschleicht mit jedem aus Afghanistan heimkehrenden Zinksarg Rechtsradikale ein besonders starker Zweifel, weil sie der offiziellen Kriegslegende, wie alle anderen gestandene Nationalist_innen auch, misstrauen: Dass deutsche Soldat_innen sterben, bloß für „Brunnenbau“, „Mädchenschulen“ und „Demokratie“ „dort hinten“, das ist für alle national denkenden Deutschen sowieso eine Zumutung. Wenn Krieg geführt wird, dann für die machtvolle Durchsetzung deutscher Staatsinteressen gegen alle anderen. Eine Regierung, die mit – in den Augen der Neo-Nazis – so windelweichen Begründungen daherkommt, will damit vertuschen, dass sie sich in Wahrheit als Lakai fremder Interessen betätigt, wenn sie ihre Truppen nach Afghanistan schickt. Sie lässt sich einspannen für einen „US-Krieg“, weswegen die Neonazis die Behauptung, dass Deutschland „am Hindukusch verteidigt wird“, nur für eine Ausrede einer schwachen Regierung halten, die Deutschland an die USA verkauft. So vermögen sie überhaupt keinen deutschen Ertrag mehr zu erkennen, weil sie die übergeordneten Kalkulationen der deutschen Kriegsherr_innen mit NATO, UN und USA verpassen: Deutschland kämpft in Afghanistan eben um seine Rolle in seinen Bündnissen, es setzt auf sein Gewicht in der UN als Instrument deutscher Weltpolitik und kalkuliert bis auf Weiteres mit den USA. Die schöne Problemlage einer modernen Mittelmacht, deretwegen sich aber eben eindeutige Parolen gegen die Führungsmacht verbieten!

Eine ordentliche Auseinandersetzung zwischen Demokrat_innen und Rechtsradikalen um all diese Parolen findet nicht statt. Von den Rechten ohnehin nicht: Rechtsradikale sind Gegner_innen der Demokratie, weil sie ihre nationalen Anliegen von der schlecht bedient, ja verraten sehen, und sie greifen diesen Staat an. Aber auch gute Demokrat_innen führen diese Auseinandersetzung nicht: Was die Sorge um und die Begeisterung für die nationale Sache angeht, unterscheiden sie sich ja gar nicht von den Rechtsradikalen, können sie also auch gar nicht kritisieren. Eins können sie aber schon: Die Neonazis mit dem Hinweis auf die Verbrechen, die zuvor Nazis in Deutschland und der Welt angerichtet haben, ächten, und – wenn es regierende Demokrat_innen für opportun halten – mit den Mitteln der staatlichen Gewalt verfolgen. Den Beweis für die Güte und Überlegenheit der Demokratie führt die demokratische Herrschaft also ausschließlich so, dass sie ihr Gewaltmonopol gegen eine unliebsame Konkurrenz ins Feld führt und durchsetzt. Da findet eben eine Konkurrenz um die Herrschaft statt.

(Dieser Text ist eine gekürzte und gemeinsam überarbeitete Fassung des gleichnamigen Artikels in der politischen Vierteljahrszeitschrift GegenStandpunkt Nr. 4 2010, S. 19-23, online verfügbar unter: <http://gegenstandpunkt.com/gs/10/4/gs20104c06.html>)



1-3/10/2010:

DEUTSCHLAND?

Rassistische Hetze, steigende Armut, ein verkorkstes Schulsystem, verantwortungslose Umweltpolitik, Schwarz-rot-geil, Tägliche Konkurrenz um alles. Und das sollen wir feiern? Neee lass mal...

VERRATEN!

Kommt zum **Jugendblock** auf der Demo gegen die Einheitsfeierlichkeiten.

Treffpunkt: 2:10, 15:30 Jugendhaus Buchte
(Buchstraße 14/15, Dornshaid)

Mehr Infos unter www.agauche.tk und <http://premier310.hopto.org/>

Kein schöner Land Warum Rassismus bei Deutschland anfängt

Sind Menschen in Deutschland keine deutschen Staatsbürger_innen, besitzen sie also keinen Deutschen Pass, wird Ihnen das Klarkommen in dieser Gesellschaft, die ohnehin alles andere als ein Ponyhof ist, von staatlicher Seite mit Ausländeramt, Residenzpflicht, noch härteren Voraussetzungen im Konkurrenzkampf der Arbeitswelt usw. enorm erschwert. Viele von Ihnen sind von Abschiebung betroffen – Abschiebung zurück in Länder, die sie aus guten Gründen verlassen haben. Sie werden zurück geschickt in noch beschisseneren Verhältnisse: existentielle Armut, politische Verfolgung, Folter... Heute werden die meisten schon auf der Hinreise an den EU-Außengrenzen abgefangen – nicht selten in ihren Booten abgedrängt... Beides, Abschiebung und das Abfangen an den Grenzen, endet für die Betroffenen oft tödlich. Das alles wird rechtskonform – sprich legal – vom deutschen Staat in Auftrag gegeben und durchgeführt.

Darüber hinaus leiden Menschen ohne deutschen Pass oder solche, die nicht als deutsch eingeordnet werden, dann auch noch unter rassistischer Hetze: es wird Ihnen vorgeworfen, sie, die „Ausländer“, seien Schuld an der Arbeitslosigkeit und leeren Sozialkassen. Viele sind Opfer rassistisch motivierter Gewalttaten bis hin zum Mord und Kinder erfahren rassistische Ausgrenzung und Mobbing an den Schulen. Diese zum staatlichen Herrschaftsprogramm passende Ideologie nennen wir den bürgerlichen Rassismus. Menschen, die in Deutschland als „Ausländer“, als nicht-deutsch oder undeutsch eingeordnet werden, trifft die grausame Alltäglichkeit des Rassismus also gleich doppelt: materiell durch den Staat und zusätzlich durch die darauf fußende rassistische Ideologie – „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen“.

Rassismus aus dieser Gesellschaft zu verbannen, ist vor diesem Hintergrund eine vernünftig erscheinende Forderung, tatsächlich aber eine müßige, denn der Rassismus als Ideologie passt bestens zu der Art und Weise, wie diese Gesellschaft organisiert ist. Dieser Artikel soll zeigen, warum der Rassismus dieser Gesellschaft seinen Ausgangspunkt schon in ihren Grundpfeilern hat, in Staat und Nation, und dass eine Gesellschaft ohne Rassismus eine völlig neue Organisation, jenseits von Staat und Nation, benötigt.

...„Du bist Deutschland“...„Du aber nicht!!!“ - Die Eigenen und die Anderen

...„Wer ist gut für Deutschland?“ - die reale Sortierung des Staates in In- und Ausländer_innen teilen die Menschen sich nicht selbst auf, weder durch einen gemeinsamen Beschluss und gemeinsame Interessen und Eigenschaften, noch durch Zuschreibungen! Keine Person wird bei ihrer Geburt gefragt, ob sie gerne Inländer_in (hier Deutsche) oder Ausländer_in (hier Nicht-Deutsche) sein möchte, also einer anderen oder etwa gar keiner Nation angehören möchte. Auch werden Menschen nicht zu Deutschen, weil sie irgendwelche Eigenschaften haben, etwa pünktlich zu sein, und auch nicht weil ihnen diese Eigenschaften aufgrund ihres Äußeren oder einem sonstigen irgendwie „tiefer liegenden“ Grund zugeschrieben werden. Menschen sind dann Deutsche (rechtlich, nicht identitär), wenn sie deutsche Staatsbürger_innen sind. Zu deutschen Staatsbürger_innen macht sie der Staat mittels seiner Staatsgewalt. Dies tut er innerhalb seines Herrschafts-

gebietes, dass sich - und zwar historisch gar nicht selten - ändert. Jeder Mensch ist also, ohne jemals gefragt worden zu sein, einem bestimmten Staat unterworfen und hat sich an die dort geltende Rechtsordnung zu halten. Die Zugehörigkeit zu dieser Nation – die Zugehörigkeit zu Deutschland – wird uns also aufgeherrscht. Deutschland ist eine „Zwangsgemeinschaft“. Dadurch, dass der Staat einige in sein Kollektiv zwingt, schließt er andere aus. Nämlich diejenigen, die einem anderen Zwangskollektiv angehören, sowie diejenigen die zu keinem Zwangskollektiv gehören. Diese sind dann Staatenlose, Illegale und werden in jedem Land, in dem sie sich aufhalten, zumindest potentiell, meist aber auch tatsächlich, verfolgt. Damit schafft der Staat überhaupt erst die Trennung von Inländer_innen und Ausländer_innen. Die Aufteilung der Menschen in „die eigene Gruppe - die Deutschen“ und „die anderen – die Ausländer“ ist also nicht durch ein irgendwie tiefersitzendes (biologisches oder kulturelles) Bedürfnis des Menschen entstanden, sich einer Gruppe zuzuordnen und sich von einer anderen zu differenzieren und distanzieren, sondern hat ihre Grundlage in der mit Staatsgewalt durchgesetzten Trennung der Menschen in In- und Ausländer_innen. Erst von dieser staatlich hergestellten Trennung ausgehend werden den Menschen dann bestimmte Eigenschaften zugeschrieben.

Die Menschen, die er zu seinen Staatsbürger_innen gemacht hat, benutzt der Staat, um in der Staatenkonkurrenz ganz nach vorne zu kommen. Neben anderen Ressourcen ist er abhängig von der Funktionalität seines Volkes. Das Volk ist sein Material und seine Grundlage (in Gestalt von Arbeiter_innen, Unternehmer_innen, Soldaten_innen usw.).

Das äußert sich in der Bevölkerungspolitik. Ob es um die Anrechnung des Elterngeldes in Harz IV geht, damit sich „die Dummen, Faulen“ nicht weiter vermehren oder um Akademikerinnenwurfprämien. Er geht zu seinem Nutzen also ganz berechnend mit seinen Staatsbürger_innen um. Genau so berechnend geht er mit all denen um, die nicht zu seinen Staatsbürger_innen gehören. Für alle, Staatsbürger_innen und Nicht-Staatsbürger_innen, richtet er gewaltsam Verhältnisse ein, in denen all diejenigen, die keinen großen Besitz haben, ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um an die Dinge zu kommen, die sie zum Leben brauchen, also Dinge, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Den Ausländer_innen erlaubt er allerdings nur dann, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, wenn er sich einen Nutzen davon verspricht. Wenn es möglich ist, benutzt der Staat also auch die Ausländer_innen, um in der Staatenkonkurrenz voranzukommen: Werden Arbeitskräfte gebraucht, holt er sich Gastarbeiter_innen, flaut die Nachfrage ab, werden sie gegebenenfalls wieder zurückgeschickt. Ebenso werden gerne hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland aufgenommen, um die deutsche Wirtschaft voranzubringen. Menschen, die in Deutschland eine Alternative zu ihrem noch schlechteren Leben suchen, werden konsequenterweise als Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert und ausgesperrt. Der Staat schafft sich ein Volk! Die Menschen sind also Mittel des Staates und nicht der Zweck!

...„Die sind halt anders...“ - die zur staatlichen Sortierung passende Ideologie

Die meisten Menschen gehen aber davon aus, es gäbe erst das Volk und dann den Staat, der dem Volk als sein Mittel zu Diensten steht. Sie denken sich diese Zwangsgemeinschaft nicht als eine solche, das heißt sie nehmen das nationale Kollektiv nicht als Resultat von staatlicher Sortierung, Gewalt, Kriegen etc. an, sondern als eine Wertegemeinschaft, die sich sozusagen natürlich ergeben hat. Diese absurde Ideologie vom tollen nationalen Kollektiv geht davon aus, dass dieses erstens ein natürliches ist, mit lauter sich ähnelnden Menschen, und zweitens die Mitglieder dieses Kollektivs mit ihren Interessen in diesem gut aufgehoben sind. Was völlig absurd ist, bedenkt mensch, dass wir in einer staatlich eingerichteten Konkurrenz leben, in der die Menschen sich tagtäglich mit völlig gegensätzlichen, sich einander ausschließenden Interessen gegenüberstellen: Mieter_innen gegen Vermieter_innen, Arbeitnehmer_innen gegen Arbeitgeber_innen, Händler_innen gegen Käufer_innen etc. Verhältnisse also, in denen die Menschen je nach den wirtschaftlichen Mitteln, die ihnen zu Verfügung stehen, besser oder schlechter wegkommen als andere, es also neben ein paar wenigen Gewinner_innen jede Menge Verlierer_innen gibt. (Für die einen reicht das Geld gerade so über den Monat, der andere macht noch die dritte Fabrik auf). Die Ideologie vom nationalen Kollektiv streicht alle Unterschiede in den materiellen Möglichkeiten der Bürger_innen einfach durch und tut so, als ob alle zusammen eine Gemeinschaft, in der es - solange - alle ihren Teil beitragen - allen gut geht, bilden würden. Jegliche Parteinahme für Deutschland ist schon an sich absurd und impliziert zudem die negative Stellung zu anderen Staaten. Aufgrund der Staatenkonkurrenz bedeutet der Erfolg für Deutschland nämlich immer, dass dies auf Kosten der anderen Nationen geschieht. Die Parteinahme für eine Partei in der Konkurrenz impliziert eben die Gegnerschaft zu den anderen Parteien.

Von der staatlich hergestellten Trennung ausgehend, denken sich die Befürworter_innen Deutschlands aber nicht nur ihre eigene „tolle Gemeinschaft“, sondern auch die anderen Staaten als Wertegemeinschaften - „die Franzosen“, „die Engländer“, „die Polen“ usw., in denen wiederum jeder seinen Teil beiträgt, der Staat dem Volke entspricht usw. Über die nationalen Kollektive hinaus ist mensch gern auch mal so frei und konstruiert sich je nach seinem Geschmack ganze Kontinente oder andere Gebiete zu Rassen oder Kulturen zusammen und schreibt ihnen geteilte Eigenschaften, bzw. ein gemeinsames Wesen zu, z.B. den „Afrikanern“ oder den „Südländern“. Wer die Anderen sind, dafür gibt es also anscheinend mehrere Möglichkeiten: andere Nationen, andere Kulturen, Religionen oder - etwas überholt - Rassen. Die Menschen fassen die Sortierung des Staates also ideologisch, indem sie die „eigene Gruppe“ und „die Anderen“ als natürliche Gruppen annehmen. Wie die Bilder dieser Konstruktion des fremden Wesens, bzw. der fremden Kultur dann aussehen, ist austauschbar. Die Zuschreibungen können positiv wie negativ sein. So ist das den Italienern zugeschriebene „heiße Blut“ mal leidenschaftlich, mal aggressiv konnotiert. Aber ob Ausländer_innenfeindlichkeit oder Ausländer_innenfreundlichkeit hinten herauskommt - alle Zuschreibungen sind ideologische Rechtfertigungen einer vom Staat gewaltsam durchgesetzte Sortierung von Menschen.

Ausgehend von der Begeisterung für die eigene Nation wird Angehörigen anderer Kollektive konsequenterweise mit Misstrauen entgegengetreten. Es wird dann davon ausgegangen, dass sie zu dem „deutschen“ Kollektiv entweder nichts beitragen wollen, weil sie einem anderen Kollektiv zugeord-

net sind, oder es - aufgrund irgendeines „kulturellen Wesens“ - nicht können. An den nationalen Problemlagen sind - in der Vorstellung der Patriot_innen - dann gerne „die Ausländer“ Schuld. Zum Beispiel daran, dass es zu wenig Arbeitsplätze gibt. Prinzipiell ist aber gleichgültig, um welche „Gefahr“ es sich handelt und von wem sie ausgeht, ob die Befürworter_innen Deutschlands nun „Diebstahl“ der Arbeitsplätze, Sozial-schmarotzer oder das Verschwinden der deutschen Kultur fürchten, Ausgangspunkt dieser Gedanken ist immer die Sorge um „unser Deutschland“, „unsere Kultur“, „unser Volk“... Die Politik weiß diesen Rassismus nach ihren globalen Interessenlagen und Strategien zu benutzen. Nicht zufällig fällt die Abneigung gegen die muslimische Welt oder die „faulen Griechen“ mit den Interessen der westlichen Welt in diesen Weltgegenden bzw. mit den europa- und währungspolitischen Ambitionen Deutschlands zusammen.

Den Gedanken eines völkischen Wesens gibt es wie gesagt auch „positiv“ gewendet, zum Beispiel im „Multi-Kulti-Konzept“. In diesem Konzept werden ausgehend davon, wie toll das doch für „unsere Gemeinschaft“ ist, die verschiedenen „kulturellen Wesen“ der Menschen und die dadurch entstehende „Vielfalt“ gelobt.

An der „positiven“ Wendung des kulturellen Wesens ziehen sich übrigens auch die Nazis in ihrem „Ethnopluralismus“ auf. Reden diese dann ebenfalls von kultureller Vielfalt, ist man doch recht verwundert. Sie sind aber der Meinung, die verschiedenen „kulturellen Wesen“ gehörten voneinander getrennt, jede „Kultur“ also in ihr „eigenes“ Land. Die Nazis haben überhaupt viele Schnittmengen mit den Demokrat_innen. Beide halten viel von ihrer vorgestellten Gemeinschaft und halten auch viel davon, dass die Leute nützlich für Deutschland sein sollen. Der Unterschied ist, dass die Nazis die Diagnose stellen, dass die Reinheit des deutschen Volkskörpers die wichtigste Voraussetzung für Deutschlands Vorherrschaft in der Welt ist. Ihnen geht es darum, dass die von ihnen herbeikonstruierte „Rasse der Deutschen“ die Welt beherrschn soll, die in ihrer Vorstellung völlig mit Deutschland zusammenfällt.

Hier ist dann auch der die letzte „anständige“ Deutsche empört. Nicht vergessen werden sollte aber, dass die rassistische Ideologie schon damit anfängt, Staat, Deutschland und nationale Gemeinschaften für eine ganz gute Sache zu halten. Dieses gilt es also zu überwinden!



Das gute Deutschland. II

Solidarität ist eine Waffe – Bitte durchladen!

Wer schon mal auf einer Demonstration war, egal ob gegen Kürzungen im Bildungsbereich, Anti-Atomkraft oder wie aktuell gegen die Nazi-Aktivitäten am 1. Mai 2011 in Bremen, wird festgestellt haben, dass die Polizei immer dabei ist. Und es ist ganz unbedeutend, ob das Anliegen "legitim" oder "gerecht" ist. Der Ablauf wird dokumentiert, es wird versucht, die Teilnehmenden zu identifizieren und damit Erkenntnisse über die sozialen Bewegungen zu gewinnen. Staatliche Behörden sehen es als eine Gefahr an, wenn Menschen sich organisieren, um die sozialen Verhältnisse zu ändern.

Spätestens bei einer Ingewahrsamnahme, einer Festnahme und bei jedem Strafverfahren wollen Polizei und Justiz neben der Repression gegen Einzelne immer auch Informationen über politische und persönliche Zusammenhänge gewinnen.

Dagegen hilft erst einmal nur, jegliche Kooperation mit Strafverfolgungsbehörden zu verweigern. Selbst eine Aussage, die vordergründig nur eine_n bestimmte_n Verdächtige_n entlastet, verkleinert den Kreis der vielleicht als Verdächtige in Frage kommenden und ist damit eine indirekte Denunziation anderer Personen. Das Prinzip der Solidarität gebietet daher, weder Polizei, Justiz oder Geheimdienste mit Entlastungsmaterial oder irgendwelchen anderen Informationen zu versorgen. Auch deshalb gilt es für Beschuldigte, den Ladungen von Polizei und Staatsanwaltschaft keine Folge zu leisten. Geht zu den Terminen nicht hin, sondern nehmt mit uns oder dem lokalen EA (Ermittlungsausschuss) Kontakt auf.

Die Rote Hilfe e.V. ist eine strömungsübergreifende, parteiunabhängige linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe unterstützt nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, die in der BRD politisch verfolgt werden.

Weitere Informationen unter:

www.rote-hilfe.de

www.aussageverweigerung.info

"Was tun wenn's brennt!?" Broschüre der Roten Hilfe

Im Zusammenhang mit Aktivitäten gegen den Aufmarsch von Faschist_innen und Rassist_innen am 1. Mai 2011 in Bremen sammelt die Rote Hilfe Ortsgruppe Bremen Spenden zur Unterstützung der von Repressionen verfolgten Aktivist_innen.
Jede Spende hilft!

Rote Hilfe e.V.

Postbank Hamburg

BLZ: 200 100 20

KontoNr: 481 912 206

Stichwort 1. Mai 2011

Rote Hilfe - Ortsgruppe Bremen

Postfach 110447, 28207 Bremen

bremen@rote-hilfe.de

Den Menschen soll es duftte gehen!

Am 1. Mai werden hunderte Nazis versuchen, durch Bremen zu marschieren. Als wäre das nicht schon scheiße genug, heißt es schließlich auch noch jeden Tag: Lohnarbeiten gehen, zum Amt rennen, kochen und putzen und all den anderen Mist, den mensch so machen muss.

...no way out?

Nazis stehen nur auf dem ersten Blick im Gegensatz zu Staat und Kapital, in Wirklichkeit sind sie aber ihre radikalen Fans. Was die Nazis an der demokratischen Politik stört, ist nicht ihr nationaler Zweck, sondern seine mangelnde Durchsetzung. Aus ihrer Sorge um Deutschland ziehen sie ganz andere Schlüsse. Während der demokratische Staat beispielweise Ausländer_innen nach Nützlichkeit sortiert, haben Nazis bereits ein ganz grundsätzliches Problem mit dieser Versündigung an der nationalen Sache: Sie lehnen von ihnen als undeutsch definierte Arbeitskräfte generell ab. Dieses wird von einigen von ihnen als Einladung für die direkte und schlagkräftige Verwirklichung dieser Vorstellungen gesehen. So sind sie zwar real gefährlich, aber in der aktuellen gesellschaftlichen Situation stellen sich Staat, Nation und Kapital im Normalvollzug als viel wirkmächtiger und gefährlicher dar. Das System von Erpressung und Ausbeutung, Herrschaft und Gewalt ist es, dass uns tagtäglich das Leben unerträglich macht - und das nicht nur möglicherweise, sondern garantiert.

Wer ist eigentlich dieser Bremen?

Am 1. Mai ist auch die offizielle Politik in Gestalt der verschiedenen Parteien wieder mit dabei. Bestenfalls reden sie, also GRÜNE, SPD, „Linke“, etc. von Zivilcourage und Toleranz, schlimmstenfalls geht es um „unsere“ historische Verantwortung. Aber eines eint sie alle: Sie sprechen im Namen der Nation. Ausgerechnet „unser Bremen“ oder „Deutschland“, soll nun gegen die Nazis verteidigt und in Stellung gebracht werden. Aber was ist dran am Gerede von der Nation, dass immer dann besonders laut wird, wenn mal wieder materielle Verschlechterungen geplant sind? Das große „wir“, dass da behauptet wird wischt damit weg, dass es in diesem Land, und nicht nur in diesem Land, Leute gibt, die arbeiten und Leute, die arbeiten lassen, die Lebensmittel, Möbel und ähnliches besitzen und Leute, die sie kaufen müssen, Mieter_innen und Vermieter_innen, etc.. Also all jene Unterschiede, die eigentlich eine zentrale Rolle spielen sollten, wenn es um die Frage geht, mit wem mensch sich warum zusammenschließt. Dabei ist dieses große „wir“ zwar real, es wird schließlich vom Staat mit Gewalt durchgesetzt, eine vernünftige Grundlage hat es aber nicht.

„Euch die Macht und uns die Nacht“ - Skeptiker

Dass wir, d.h. die von Lohnarbeit Abhängigen, mit den Interessen der Kapitalistenklasse wenig gemeinsam haben, zeigt sich uns tagtäglich.

Um etwas Leben, also Essen, Schlafen, Trinken zu können, brauchen wir in dieser Gesellschaft Geld. Ohne Geld geht hier nämlich gar nichts, dafür sorgt der Staat schon mit seinem Gewaltmonopol. Das bedeutet, dass wir von allen nötigen und schönen Dingen ausgeschlossen sind - egal wie

sehr wir sie brauchen. Es sei denn, wir haben Geld. Geld ist nämlich kein praktisches Austauschmittel, sondern vor allem Verfügungsmacht: Macht über anderer Leute Reichtum, der in dieser Gesellschaft qua Rechtsordnung ihr Eigentum ist. Nun liegt es aber in der Sache begründet, dass das Geld nicht auf Bäumen wächst. Deshalb müssen wir das Einzige zum Verkauf gegen ein bisschen Lohn anbieten, was wir haben - unsere Arbeitskraft.

Dieser für uns ziemlich kotzige Umstand ist aber für die Kapitalistenklasse überhaupt erst die Voraussetzung für ihren Gewinn und Profit, indem sie unsere Arbeitskraft für sie möglichst günstig vernutzen kann. Gelingt es uns aber nicht, einen Job zu ergattern, bleibt nichts anderes übrig, als den Staat um ein bisschen Geld anzubetteln. Ziemlich scheiße das - oder?

„Communism stole my virginity...“ Classless Kulla

Was wir wollen, ist nicht die DDR. Der „Realsozialismus“ war ein falscher Versuch der Überwindung des Elends der kapitalistischen Verhältnisse und wurde in Konsequenz blutig gegen die Menschen durchgesetzt. Beispielhaft dafür sind das Archipel Gulag und die „Mauer“. Was wir dagegen wollen, ist eine Gesellschaft, in der der Mensch der Zweck, und nicht Mittel für den Profit ist. Also eine Gesellschaft, in der die Leute sich zusammentun, um ein schönes Leben für alle wirklich werden zu lassen. Eine solche Gesellschaft aber wird nicht alleine entstehen. Dazu braucht es Leute, die unsere Kritik teilen und mit denen wir gemeinsam diesen Laden weghauen können, um endlich in einer Welt leben zu können, in der alle ohne Angst unterschiedlich sein können.

... the whole fucking bakery

Am 1. Mai gibt es nichts zu feiern und auf eine „Volksfront gegen Rechts“ mit denen Leuten, die am nächsten Tag wieder Politik für Deutschland, das heißt gegen uns, machen, haben wir wenig Lust. Sicher, Nazis sind gefährlich, müssten eigentlich verhaften, vertrieben, gestoppt werden - aber eben nicht um jeden Preis. Unser Feind, das sind Staat und Demokratie, Lohnarbeit und Kapital und die ganze andere Scheiße, die ein Angriff auf das schöne Leben sind.

Deshalb rufen wir auf am 30.4.2011 in Bremen auf die Straße zu gehen - mit allem was wir haben gegen Deutschland!



„Woran erkennt man Neonazis?“ Steckbriefe und Enttarnungen als Kritikersatz

Nicht nur der Verfassungsschutz, auch die Bundeszentrale für politische Bildung, Landesregierungen, viele der Volksparteien, Gewerkschaften (und manchmal auch einige Antifa-Bündnisse) führen den Kampf gegen Neonazis und Skins als deren Identifizierung. Jungen und alten Deutschen wird mit vielfarbigem Aufwand gezeigt, woran sie diejenigen erkennen können, auf deren Propaganda sie nicht hereinfallen sollen. Da wird ihre Kleidung vorgestellt, Zahlencodes decodiert, Tattoos entschlüsselt, rechtsradikale Musiklabels benannt und die Läden aufgeführt, in denen Neonazis sich ihre Ausrüstung zusammenkaufen. Das ist schon recht absurd. Es wird enttarnt, was Nazis offen zeigen, wenn sie sich in Kampfmontur öffentlich präsentieren. Die gehen doch so ausgestattet nicht nur in ihre Subkultur, sondern demonstrieren offen ihre Gesinnung. Die Konterfeis von NPD-Funktionär_innen komplettieren diese Steckbriefgalerien, mit denen die demokratischen Wächter_innen der politischen Bildung der deutschen Jugend vor allem durch Schulen ziehen.

Diese Art der „Auseinandersetzung“ lebt von der Vorstellung, deutsche Jugendliche würden sich sofort von Neofaschist_innen abwenden, wenn sie nur erkennen könnten, wer aus ihrem Umfeld zu den neuen Rechtsradikalen gehört, wie diese aussehen und sich kleiden, wie sie reden und welche Mücke sie hören. Die professionellen und freiwilligen Verfassungshüter_innen gehen offensichtlich davon aus, dass die politischen Auffassungen der neuen Rechten bei der Jugend ohnehin nicht ankommen. Wozu sich also mit den Parolen auseinandersetzen, wenn der deutsche Nachwuchs dagegen ohnehin immunisiert ist. Dies zum einen. Zum anderen aber stellt sich die Frage, warum es dann überhaupt noch dieser Steckbriefe bedarf. Was soll diese Sorte Enttarnung, wenn sich Neonazis doch selbst enttarnen, sobald sie nur den Mund aufmachen oder ihre Flyer verteilen! Der politischen Selbstentlarvung wird wohl doch nicht so recht getraut.

Das hat seinen Grund. Denn es ist in der Tat ein ziemlicher Unterschied zwischen der gelernten und verinnerlichten Moral vieler Deutscher, dass der Faschismus – der alte und der neue – das „abgrundtief Böse“ und das „Verbrecherische“ ist, dass Faschist_innen die hübsche Demokratie beschmutzen und deswegen auszugrenzen sind, und einer Kritik der neofaschistischen Politik. Wie soll der demokratisch ausgebildete Nachwuchs denn auch in Parolen der neuen Nazis deren „bösen“ faschistischen Kern erkennen, wenn die sich nicht in Ausländer_innenhetze und Hitlerglorifizierung erschöpfen, wenn sich vielmehr in der Nazi-Propaganda lauter Positionen finden, die aus dem demokratischen bis linken Politspektrum auch bekannt sind.

Gar nicht, lautet dann die Antwort. Das geht gar nicht, heißt es. Die „leihen“ sich linke Parolen, um in fremden Revieren zu wildern, ist zu hören. Nichts als Kreidefresserei sei das. Da tarnen sich die Wölfe mit linken Schafspelzen, ist zu lesen! Kein Wunder, dass dann sehr konsequent die Demaskierung von Neonazis die politische Kritik ihrer Ziele ersetzt. Das Aufzeigen ihrer Symbolik hat keinen anderen Zweck, als die Neonazis der nur moralisch verworfenen deutschen Vergangenheit, der Hitlerei eben, zuzurechnen. Seht her: „88 ist doch Heil Hitler“ und „18 steht für den Adolf“. Und schon ist die Auseinandersetzung mit denen fertig. Kein Wunder, dass deswegen die Kritik des politischen Gedankenguts der Neofaschist_innen als überflüssig und vielen sogar als Aufwer-

fung der Rechtsradikalen gilt.

Dumm nur, wenn sich diese Rechtsradikalen gleich doppelt tarnen, wenn sie zusätzlich zur – angeblich – getarnten Politik auch noch ihr Outfit tarnen. Wie sollen denn „Nadelstreifenfaschist_innen“ von den „Nadelstreifendemokrat_innen“ unterschieden werden? Da helfen wirklich nur Steckbriefe, mit denen sich die Rechtstreue guter deutscher Demokrat_innen mobilisieren lässt. Schon wieder tritt Denunziation an die Stelle politischer Kritik.

Fazit: Demokrat_innen aller Couleur können (Neo-)Faschist_innen eben nicht kritisieren.

Sie können sie nur enttarnen, denunzieren, ausgrenzen und verbieten. Kein Wunder: Wenn Faschist_innen an zunehmender Volksverarmung nicht das materielle Elend kapitalistisch überflüssig gemachter Menschenmassen, sondern zum einen eine darin für sie zum Ausdruck kommende Auflösung der nationalen Volkseinheit, und die zum anderen die Verschwendung nationaler Ressourcen durch „undeutsche“ Unternehmenspolitik anprangern; wenn sie am globalen Kapitalismus gerade nicht den weltweiten Siegeszug eines Ausbeutungssystems kritisieren, sondern auszusetzen haben, dass sich gute deutsche Unternehmen in internationale Konzerne verwandeln; wenn sie gegen G-8-Konferenzen und die NATO nicht die Versuche Deutschlands angreifen, sich an der imperialistischen Instrumentalisierung der Restwelt für die Bereicherung der eigenen Nation zu beteiligen, sondern mit der Stoßrichtung mobilisieren, Deutschland dürfe sich keinem politischen Fremddiktat unterwerfen – dann kommen die herrschenden Demokrat_innen in der Tat in Schwierigkeiten. Entdecken sie doch bei dieser unerwünschten Konkurrenz in der Parteienlandschaft ein Einvernehmen mit ihren eigenen höchsten politischen Zielen: Der Erfolg der Nation geht auch den Neo-Faschist_innen im wahrsten Sinne des Wortes über alles.

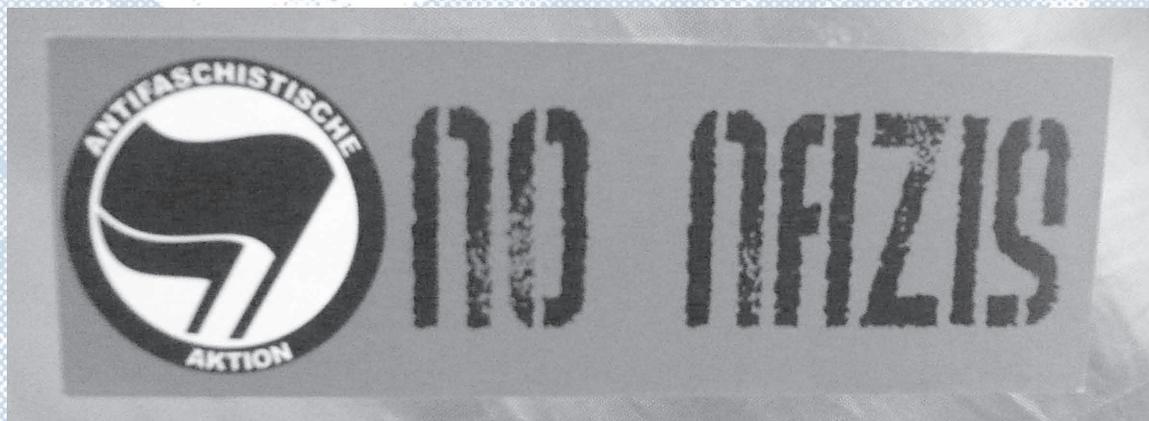
Nur möchten die ihn in anderer Weise bewerkstelligen: Mit einem deutschen Volk, das keine Klassen und deswegen auch keine Zerwürfnisse kennt; in dem deutsches Unternehmer_innentum und deutscher Staat die deutsche Arbeitskraft einvernehmlich für deutschen Reichtum einsetzt; mit einer nationalen Politik, die deutsche Souveränität nicht in Bündnissen mit fremden Herrscher_innen preisgibt; mit einer nationalen Politik, die dafür sorgt, dass – muslimisches – Fremdvolk nicht deutsches Volkstum unterwandert....

Es geht der Streit zwischen diesen beiden bürgerlichen Lagern also um die Art und Weise, wie Deutschland ökonomisch und politisch voran zu bringen ist. Soll sich Deutschland von „Fremdarbeitern“ helfen lassen oder nicht; soll sich Deutschland den Gesetzen des Weltmarkts unterwerfen und national den Kapitalerfolg auch dann politisch forcieren, wenn er mit der Schaffung von Millionen von Arbeitslosen einhergeht oder nicht; soll Deutschland weiterhin im Windschatten der Welt- und Militärmacht USA seinen Einfluss auf der Welt ausbauen oder nicht.... Und es ist dies nichts als ein Streit über nationale Erfolgswege. Es sind eben Demokrat_innen wie Faschist_innen nie zufrieden mit den Erträgen der Nation, dem nationalen Reichtum und seiner Verwendung für den Ausbau deutscher Weltmacht. Besonders unzufrieden sind heute die Neofaschist_innen: Am deutschen Weg zur Mitweltmacht entdecken sie nichts als den Verrat an Deutschland.

Aber mit diesen enttäuschten Nationalist_innen von Rechtsaußen wird der Streit gar nicht geführt. Mit denen wird nicht

gestritten; die grenzt eine gute Demokratin oder ein guter Demokrat aus. Was nicht bedeutet, dass diese Auseinandersetzung über alternative Erfolgswege der Nation überhaupt nicht geführt wird. Sie wird geführt und zwar innerhalb der eigenen Riege. Denn es finden sich im Lager der Demokrat_innen genug deutsche Politiker_innen, die in „Fremdarbeitern“ weniger einen nationalen Nutzen als vielmehr nur einen Schaden sehen, denen beim Arbeitslosengeld nur einfällt, dass da glatt Menschen Geld bekommen, ohne für Deutschland nützlich zu sein, die für stärkere Abkopplung von den USA sind und die die deutsche NATO-Mitgliedschaft durch ein deutsch bestimmtes europäisches Militärbündnis ersetzen möchten...

Die Neofaschist_innen werden dagegen politisch instrumentalisiert: Für die permanente Einschwörung des Volkes auf die Demokratie taugen sie allemal. Und dafür reicht die polit-moralische Denunziation und die immer währende Verbotsdebatte, dafür reichen Enttarnungen und Steckbriefe, dafür reicht die Warnung, dass der Schoß noch fruchtbar sei und den Anfängen gar nicht genug gewehrt werden könne. An dieser Sorte Stiftung von Nationalbewusstsein im Volk zum Segen des demokratisch regierten Kapitalismus sollte sich wirklich niemand beteiligen.



Kritik im Handgemenge

Mit Sarrazin-Partei Deutschlands (SPD) gegen die NPD? Zur neuesten Nützlichkeits-Debatte.

Thilo Sarrazin, ehemaliger Minister der rot-roten Berliner Landesregierung und Bundesbank-Vorstand, landete einen mehrfachen Erfolg. Nicht nur, dass sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ einen reißenden Absatz fand, nicht nur, dass die Thesen daraus von dem wichtigsten Tageszeitung des Landes übernommen wurden und Tag für Tag via Schlagzeilen popularisiert werden, nein, auch Politiker aller Parteien kamen nach und nach in Zugzwang. Gleichzeitig fühlt sich Sarrazin als Opfer von Zensur, von „politisch korrekten“ Medien und Establishment verfolgt und um seinen Posten in der Bundesbank gebracht. Er verweist darauf, dass seine Thesen durch niemanden widerlegt wurden. Die Empörung seiner Gegner schlägt zunehmend in Hilfslosigkeit um. Hinweise darauf, dass Sarrazin ein Rassist sei, bleiben ohne Wirkung – die öffentliche Zustimmung zu seinen Forderungen nach einem härteren Durchgreifen gegen Arbeitslose und Migrant_innen, speziell muslimischer Herkunft, wächst vom Tag zu Tag.

Vorweg: Es soll im Folgenden nicht so sehr um die Thesen von Sarrazin gehen, schon gar nicht um seine Vorstellungen über die Vererbung von Intelligenz, sondern um die seit Monaten laufende Debatte über den Schaden, den Integrations- und Leistungsverweigerer angeblich anrichten.

Zunächst einmal könnte auffallen, dass Sarrazin und (noch stärker) „BILD“ Sachen, die nicht unmittelbar miteinander zusammenhängen, miteinander in Verbindung bringen: Von den bisher in der BRD gefassten islamistischen Terrorist_innen war kaum jemand ein der deutschen Sprache nicht mächtiger Dauerarbeitsloser. Den Beifallklatschern von Sarrazin ist es aber herzlich egal. Einerseits wird vor kopftuchtragenden Lehrerinnen gewarnt, andererseits gesagt, das Kopftuch wäre die Integrationsbremse schlechthin. Wenn das Kopftuch al-

lein die Integration verhindert, wie kamen diese Frauen wohl dazu, ihr Studium in Deutschland abzuschließen? Während nach dem Mauerfall von Ausländern, die den Deutschen ihre Arbeitsplätze wegnehmen, gewarnt wurde, empört sich die Öffentlichkeit nun über leistungsunwillige Ghetto-Bewohner, die sich nicht mal darum bemühen würden, Arbeit zu finden. Islamische (oder auch nur lokale) Bräuche und – überall auf der Welt nicht gerade feine – Sitten der ärmsten Bevölkerung werden in eins gebracht. Unter dem Label „islamische Kultur“ wird politische Gegnerschaft zum Westen, schlechte Kenntnis der hiesigen Sprache, Unlust auf Lohnarbeit und patriarchale Haltung zu Ehe und Familie zusammengefasst. Von Attentaten über Kleidung bis hin zum lauten Reden im Bus – alles was stört, was negativ auffällt, muss irgendwie dieselbe Ursache haben. Nicht, dass es diese Phänomene nicht geben würde, aber was an denen kritikabel sei und wie die miteinander verknüpft sind (sein sollen) ist mit der Erklärung, so sei nun mal „deren Kultur“, nicht erklärt. Die Klientel von Sarrazin ist aber auch nicht auf der Suche nach Erklärungen, sondern nach Bestätigung von dem, was man schon immer klammheimlich wusste: die Fremden passen nicht hierher, die Armen sind selber schuld an ihrer Verelendung, weil zu dumm und zu faul (ob es nun an den Genen oder an Kultur liegt, da ist sich nicht mal Sarrazin endgültig sicher).

Ein wichtiger Unterschied zu den bisherigen ähnlichen Debatten (Asylrecht 1993, Doppelte-Staatsbürgerschaft 1999 etc.) ist: Diesmal ging die Hetze nicht von den Führungen der Parteien aus. Vielmehr treiben Sarrazin und BILD-Zeitung samt demokratischer Öffentlichkeit die gesamte Parteienlandschaft vor sich her. Der Wille zur Machtausübung verbietet es den Politiker_innen, denen Sarrazin „zu weit geht“, sich mit

Thilo Sarrazin, ehemaliger Minister der rot-roten Berliner Landesregierung und Bundesbank-Vorstand, landete einen mehrfachen Erfolg. Nicht nur, dass sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ einen reißenden Absatz fand, nicht nur, dass die Thesen daraus von dem wichtigsten Tageszeitung des Landes übernommen wurden und Tag für Tag via Schlagzeilen popularisiert werden, nein, auch Politiker aller Parteien kamen nach und nach in Zugzwang. Gleichzeitig fühlt sich Sarrazin als Opfer von Zensur, von „politisch korrekten“ Medien und Establishment verfolgt und um seinen Posten in der Bundesbank gebracht. Er verweist darauf, dass seine Thesen durch niemanden widerlegt wurden. Die Empörung seiner Gegner schlägt zunehmend in Hilfslosigkeit um. Hinweise darauf, dass Sarrazin ein Rassist sei, bleiben ohne Wirkung – die öffentliche Zustimmung zu seinen Forderungen nach einem härteren Durchgreifen gegen Arbeitslose und Migrant_innen, speziell muslimischer Herkunft, wächst vom Tag zu Tag.

Vorweg: Es soll im Folgenden nicht so sehr um die Thesen von Sarrazin gehen, schon gar nicht um seine Vorstellungen über die Vererbung von Intelligenz, sondern um die seit Monaten laufende Debatte über den Schaden, den Integrations- und Leistungsverweigerer angeblich anrichten.

1* Zunächst einmal könnte auffallen, dass Sarrazin und (noch stärker) „BILD“ Sachen, die nicht unmittelbar miteinander zusammenhängen, miteinander in Verbindung bringen: Von den bisher in der BRD gefassten islamistischen Terrorist_innen war kaum jemand ein der deutschen Sprache nicht mächtiger Dauerarbeitsloser. Den Beifallklatschern von Sarrazin ist es aber herzlich egal. Einerseits wird vor kopftuchtragenden Lehrerinnen gewarnt, andererseits gesagt, das Kopftuch wäre die Integrationsbremse schlechthin. Wenn das Kopftuch allein die Integration verhindert, wie kamen diese Frauen wohl dazu, ihr Studium in Deutschland abzuschließen? Während nach dem Mauerfall von Ausländern, die den Deutschen ihre Arbeitsplätze wegnehmen, gewarnt wurde, empört sich die Öffentlichkeit nun über leistungsunwillige Ghetto-Bewohner, die sich nicht mal darum bemühen würden, Arbeit zu finden. Islamische (oder auch nur lokale) Bräuche und – überall auf der Welt nicht gerade feine – Sitten der ärmsten Bevölkerung werden in eins gebracht. Unter dem Label „islamische Kultur“ wird politische Gegnerschaft zum Westen, schlechte Kenntnis der hiesigen Sprache, Unlust auf Lohnarbeit und patriarchale Haltung zu Ehe und Familie zusammengefasst. Von Attentaten über Kleidung bis hin zum lauten Reden im Bus – alles was stört, was negativ auffällt, muss irgendwie dieselbe Ursache haben. Nicht, dass es diese Phänomene nicht geben würde, aber was an denen kritikabel sei und wie die miteinander verknüpft sind (sein sollen) ist mit der Erklärung, so sei nun mal „deren Kultur“, nicht erklärt. Die Klientel von Sarrazin ist aber auch nicht auf der Suche nach Erklärungen, sondern nach Bestätigung von dem, was man schon immer klammheimlich wusste: die Fremden passen nicht hierher, die Armen sind selber schuld an ihrer Verelendung, weil zu dumm und zu faul (ob es nun an den Genen oder an Kultur liegt, da ist sich nicht mal Sarrazin endgültig sicher).

2* Ein wichtiger Unterschied zu den bisherigen ähnlichen Debatten (Asylrecht 1993, Doppelte-Staatsbürgerschaft 1999 etc.) ist: Diesmal ging die Hetze nicht von den Führungen der Parteien aus. Vielmehr treiben Sarrazin und BILD-Zeitung samt demokratischer Öffentlichkeit die gesamte Parteienlandschaft vor sich her. Der Wille zur Machtausübung verbietet es den Politiker_innen, denen Sarrazin „zu weit geht“, sich mit ihren rechts von den Parteien eigener Wahl stehenden Wähler_innen anzulegen. Mit ihren Wähler_innen eine

Konfrontation einzugehen, machen die Politiker_innen eher in den Fällen, wo sie das Wohl des Wirtschaftsstandortes Deutschland in Gefahr sehen (Schröder bei Agenda 2010).

3* Wenn man die Aussagen von Sarrazin mit denen seiner Kritiker_innen aus Politik und Medien vergleicht, wird verständlich, warum ihre Kritik an ihm keine grundsätzliche ist. Auch sie teilen die Kriterien von kapitalistischer Nützlichkeit der Bevölkerung und erwarten von Bürger_innen, dass sie sich – sofern sie selber nicht Kapital besitzen – darum kümmern, Käufer für ihre Arbeitskraft zu finden. Die Bevölkerung macht sich für kapitalistisches Wachstum nützlich – ohne lang zu fragen, was sie eigentlich davon hat – oder sie gilt als „unnützlich“ und damit „überflüssig“.

4* Die mit Sarrazins Buch losgegangene Debatte hat für eine seltsame Konstellation in der Parteilandschaft gesorgt: die CDU-Kanzlerin findet die Äußerungen von einem SPD-Mitglied zu rechts, während die SPD den Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky, der noch vor einem Jahr als Verbündeter von Sarrazin galt, als ein positives Gegengewicht zum ehemaligen Berliner Finanzsenator aufbaut. Sarrazin plädiert für die Verschlechterung der Lebensbedingungen von Armen und „Fremden“. Er hofft dabei, dass dadurch die Ersteren aufhören sich zu vermehren und die Letzteren irgendwann dazu getrieben werden, Deutschland zu verlassen. Buschkowsky plädiert ebenfalls für die Verschlechterung der Lebensbedingungen, will sie aber mit diversen Pflichtmaßnahmen zur Integration – wie z.B. mit Sprachkursen – verbinden. Dafür lobt ihn auch die „SPD-Linke“ Andrea Nahles: Buschkowsky gibt die Leute nicht auf, er will die doch noch dazu bringen, sich nützlich zu machen. Dabei ist es kein Bruch mit der SPD-Tradition, sondern durchaus konsequentes Hochhalten alter sozialdemokratischer Staatsgläubigkeit und Lob der Arbeit. Der Staat soll mit Zuckerbrot und Peitsche möglichst viele Leute dazu bringen, Lohnarbeit auszuüben. Nicht umsonst verbindet Nahles die alte linke Forderung nach Ganztagschule mit viel Lob an Buschkowskys Vorschlägen zur Kontrolle und Überwachung der Leistungsempfänger. Manchmal muss man Leute zu ihrem „Glück“ auch zwingen.

5* Dabei können die Kritiker von Sarrazin auch nicht abstreiten, dass es Leute gibt, die vom Standpunkt der kapitalistischen Nützlichkeit nur eine Belastung darstellen. Als gute Nationalist_innen sind sie besonders wütend, wenn sie in dieser Kategorie „Nichtdeutsche“ vorfinden. Als gute Idealist_innen der kapitalistischen Konkurrenz wollen sie, dass die Nutzlosen ihren Willen, in Konkurrenz voranzukommen, demonstrieren. Als Fans der Gerechtigkeit verlangen sie, dass diejenigen, die sich nicht um ihre Nützlichkeit bemühen, zumindest schlechter behandelt werden. Dass Ausländer, die sich hierzulande nur in der sozialen Hängematte ausruhen wollen, hier gleich gar nichts zu suchen haben, ist nicht nur parteiübergreifender Konsens, sondern auch explizit festgelegt im deutschen Zuwanderungsgesetz von 2004. Auch die Parteien, die sich als links verstehen und in ihren Wahlkämpfen nicht (explizit) an den Rassismus ihre Wähler_innen appellieren, tragen die Sortierung in In- und Ausländer, sowie die Benachteiligung der Letzten mit. Schließlich handeln auch sie auf der Grundlage und im Rahmen von Verfassung eines Nationalstaats. Die Sarrazin-Debatte bewirkt höchstens, dass auch sie den Wähler_innen Klartext sagen müssen, was die gegen „Sozial- & Asylmissbrauch“ machen wollen. Was nicht heißt, dass es keine ernsthafte Differenzen mehr gibt: die Nazis pochen darauf, dass es gar keine nützliche Ausländer geben kann, weil allein schon deren Anwesenheit Deutschland schadet. Deutsche dagegen würden laut „Arbeitsplätze nur für uns“-Propaganda alle gerne arbeiten, wenn

nur genug Arbeitsplätze da wären. Dass es die Arbeitsplätze nicht gibt, ist wiederum Schuld der Fremden, die, obwohl faul, Deutschen immer die Arbeit vor der Nase wegschnappen. „Die Linke“ und linkere Teile der SPD teilen zwar die These, dass eigentlich das Fehlen von Arbeitsplätzen das Kernproblem darstellt. Daran sind bei denen aber nicht die Fremden schuld (wenn man von Lafontaines Sprüche über „Fremdarbeiter“ mal absieht), sondern die Arbeitgeber_innen, die Großkonzerne, „die Wirtschaft“. Dass der Weg zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse für die Mehrheit der Menschen nur über Sich-Ausbeuten-Lassen führt, daran haben auch sie nichts auszusetzen. Sarrazin, FDP und weitere Teile der CDU sehen das Problem eher in der Faulheit der Arbeitslosen. Nur durch Angriffe auf ihre Überlebensgrundlage – staatliche Almosen – können diese Menschen motiviert werden, sich um eigene Verwertung zu kümmern. Wenn dieses Konzept aufgeht, wird auch der Druck auf alle anderen Lohnabhängigen steigen, denn die bekommen mehr Konkurrenz und werden mit ihren Forderungen wohl bescheidener als ohnehin schon sein. Übrigens: es war Schröders rot-grüne Regierung, die mit Agenda 2010 und Hartz IV bahnbrechendes auf dem Gebiet geleistet hat.

6* Mit denjenigen Armen, die den berüchtigten „migrantischen Hintergrund“ vorzuweisen haben, verhält es sich etwas anders. Es ist nicht so, dass für Sarrazin und Co. nur nüchterne Nützlichkeitskriterien gelten. Die rhetorische Frage, ob in

Zukunft in Deutschland noch jemand Goetheverse kennt, wenn lauter Koranschüler_innen im Lande sind, die Sarrazin in seinem Buch stellt, belegt, dass für den Autor die Kultur einen Wert an sich darstellt. Und zwar nicht irgendeine, sondern die, die ihm als nationale deutsche Kultur gilt. Warum es für das Leben in Deutschland notwendig sein soll, Gedichte zu kennen, die auch die meisten „geburtsdeutschen“ Schüler_innen nach der Schule glücklich vergessen, braucht er seinen Fans nicht zu erklären. Die halten die angeblich gemeinsame Kultur aller Deutschen für den Grund für das Zusammenleben in einem Staat schlechthin. Von überall ertönen die Absagen an „Multikulti-Gesellschaft“, die gescheitert sein soll, während die Grünen, die diesen Begriff mal geprägt haben, ihn schon lange kaum mehr benutzen. Ein großer Erfolg für die Rechten in Deutschland ist mit der Debatte schon mal erreicht. Probleme, welche Deutschland mit seinen Minderheiten ausmacht, haben ab nun eine Erklärung: Die mangelnde Anpassung an die Regeln und Normen, die die Mehrheit aufstellt. Eine demokratische Mehrheit für die Verschärfung der Drangsalierung der „Fremden“ und Armen im Namen nationaler Interessen scheint bereit zu stehen.

Antifa-Trends: Umgestaltung!

Der Vorher-Nachher-Effekt!



Vorher: Doch eher uncool...

Nachher: Mit ein, zwei Handgriffen und alltäglichem Werkzeug (in diesem Falle Haustürschlüssel) blitzschnell gepimpt! **Fett!**



Wow, das hätte ich jetzt nicht gedacht, dass so einfach ist! Und das Ergebnis lässt sich doch sehen! [Marcel W., 17J, aus Bremen Hastedt]

Rechter Anti-Klassenkampf: „Arbeit für Deutschland“

Warum feiern (Neo-)Faschist_innen den 1. Mai? Die Freien Nationalisten Bremen (FNB) geben in ihrem Aufruf zur Maidkundgebung in Bremen folgende Auskunft: „Dem Arbeiter sollte am 1. Mai der Ehrentitel wiedergegeben werden. Das war der dahinter steckende Sinn, als der gesetzliche Feiertag am 10. April 1933 durch die Nationalsozialisten gestiftet wurde.“

1. Dass Arbeit ausgerechnet eine Ehre sein soll, lässt tief blicken: Lohnen soll sich die Arbeit für diejenigen, die sie verrichten, offenbar nicht, denn was aus „niederer Berechnung“ geschieht, verdient keinen Ehrentitel; Ehre gebührt vielmehr nur denen, die ohne Berechnung handeln. Faschist_innen wecken also keine falschen Erwartungen: Arbeiter_innen, wie Faschist_innen sie mögen, arbeiten nicht zu ihrem eigenen Nutzen, sondern erbringen einen selbstlosen Dienst am Erfolg der Nation. Darin sind sie, so das Lob, ungeheuer wichtig und verdienen Anerkennung.

Es ist schon unverschämt und typisch für Faschist_innen, diesen Dienst der Arbeit als „Sicherung der Grundlagen der Gesamtheit“ (Hitler) zu verkaufen: Da wird das absurd widersprüchliche Bild einer unzertrennlichen nationalen Einheit und Lebensgemeinschaft bemüht, die von ihren arbeitenden Insassen aber nichts als Opfer verlangt. Alle Interessensgegensätze, von denen die wirkliche deutsche Gesellschaft und die Rolle der Arbeit in ihr gekennzeichnet sind, sind darin getilgt, werden weggelogen. Das herrschende ökonomische Verhältnis, dass Arbeit auf Kosten der Arbeitenden den Reichtum der Leute, die bei uns „die Wirtschaft“ heißen, zu mehren hat und damit dem Staat mit seinem ganzen schönen Gewaltapparat seine ökonomische Grundlage, nämlich Wachstum beschert, wissen Faschist_innen zu schätzen. Sie machen sich für zuverlässige Indienstnahme für den Staat stark.

Deshalb ist - man täusche sich nicht - die gewaltvolle Unterordnung unter den Dienst an der Nation bei Faschos nicht nur für die Arbeiterin und den Arbeiter vorgesehen: „Wir fordern eine gemeinschaftsverpflichtende Privatwirtschaft!“ tönen die FNB. Faschist_innen sehen eine nationale Dienstpflicht auch für das Lager der „Arbeitgeber“ vor, eben wie für alle Volksgenoss_innen. In ihrer Vorstellungswelt tun da bloß alle anständigen Deutschen an ihrem Platz ihre Pflicht. Was die politökonomische Realität dieser „Plätze“ angeht, wer also in der wirklichen deutschen Arbeitswelt mit welchen Mitteln welche Ziele verfolgt, davon will die faschistische Moral nur unterschiedliche Beiträge zum deutschen Ganzen kennen. Tatsächlich gäbe es da schon den einen oder anderen kleinen Unterschied, womit der eigene Dienst verrichtet wird: Die Kapitalist_innen sollen nämlich ihr Geschäft machen und damit den Arbeitsdienst von Deutschen an Deutschland ermöglichen. Das heißt in der Realität, die einen dienen mit ihrer Arbeit, in dem sie zu ihrem eigenen Schaden möglichst viel Leistung pro Zeit bei möglichst geringen Kosten - so heißt in der Unternehmensrechnung nämlich der Lebensunterhalt der Arbeitenden - abliefern, haben also nichts als Schaden davon, während die anderen „dienen“, indem sie solche Leute für sich arbeiten lassen, also fremde Arbeit zur Mehrung ihres Eigentums organisieren und nutzen. In der faschistischen Vorstellungswelt ist dieser ökonomische Gegensatz eigentlich gar keiner, sondern eine ordentliche Kommandostruktur - alle leisten ihren Beitrag für Deutschland.

2. Dieses nationale Ideal der ordentlichen und deshalb tüchtigen Klassengesellschaft wenden Faschist_innen auf die kapitalistische Realität an und werden allen Ernstes kritisch. Dabei zeigt sich, dass das faschistische Lob der Arbeit nicht nur auf ideelle Anerkennung, sondern auf einen materiellen Ertrag aus ist: „Der 1. Mai 2011 ist ein besonders wichtiges Datum für alle Deutschen, die die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, in ihrer Heimat von ihrer Arbeit leben zu können.“ (Aufruf der NPD). Was ist damit gemeint?

Da fällt Faschist_innen zuallererst die Massenarbeitslosigkeit auf: „Arbeit muss ein Grundrecht sein, zugleich aber eine Pflicht für jeden Deutschen“ (Aufruf der FNB). Arbeiter_innen sind für sie nichts als eine nationale Ressource; Arbeitslosigkeit ist daher ein Skandal, weil diese nationale Ressource brach liegt. Für Faschist_innen ist das ein Indikator für den allgemeinen Niedergang der Nation, ein Zeichen, an dem zu sehen ist, dass Deutschland nicht so vorankommt, wie es könnte - was sich schon daran zeigt, dass ein Stück deutsches Volk ungenutzt bleibt. Es restlos zu nutzen, ist das erste Versprechen, für das die Rechten eintreten. Ein Versprechen, das von einer Drohung nicht zu unterscheiden ist.

Der ketzerische Einwand, dass Lohnabhängige die Arbeit doch bloß brauchen, um an Einkommen zu gelangen, also nicht Arbeit, Mühe, Plackerei, sondern Geld brauchen, bringt Faschist_innen auf die Palme. An dem falschen Opportunismus von Lohnabhängigen, um Arbeit zu bitten und beim Einkommen zu Abstrichen bereit zu sein, gefällt Faschist_innen grade die Einstellung, Arbeit sei doch das Wichtigste, also die Bereitschaft zum Verzicht, die damit angekündigt wird. Gerade diese trostlose Bittstellerei sehen Faschist_innen gerne, weil sie meinen, die objektiv ja nun wirklich nicht zu leugnende konstruktive „Bescheidenheit“ dieses Standpunkts wäre grade das national Wertvolle daran. So unverschämt und blöd dieses Ideal vom deutschen Arbeitsvolk sein mag - sie wollen damit wirklich ernst machen.

Neben der Massenarbeitslosigkeit entdecken Faschist_innen auch am Lohn selbst Grund zur nationalen Unzufriedenheit: „Millionen Menschen sind auf Sozialleistungen angewiesen. Viele von ihnen, weil sie arbeitslos sind, und andere, weil sie von ihren Hungerlöhnen nicht überleben könnten. Deutschland ist mittlerweile eines der wichtigsten Billiglohnländer in der westlichen Welt.“ (FNB) Für Faschist_innen ein unhaltbarer Zustand - nicht weil es Leuten schlecht geht, sondern weil Deutsche so nicht ihre Dienstnatur verwirklichen können. Regelrecht „materialistisch“ werden Faschist_innen, wenn es um die Einsatzfähigkeit staatlicher Ressourcen geht, und dafür schätzen sie auch das private Einkommen - nämlich insofern es diese Ressource reproduziert. Was für eine trostlose Forderung: Der Lohn aus der Arbeit müsste doch wenigstens dazu reichen, ein nützliches Glied der Nation, dafür, eine gute Deutsche oder ein guter Deutscher sein zu können! Wenn der Ertrag der Arbeit sowieso bei Unternehmen und Nation anfallen soll, dann steht einem als realer Lohn der Plackerei zwar nicht mehr zu, als der bloße Erhalt der Fähigkeit zu diesem Dienst - der aber schon. Heimat ist - so der neofaschistische Maiaufruf -, wenn Dienst und Auskommen im nationalen Gemeinwesen zusammenfallen.

So viel Soziales muss für Faschos sein: „Um die weitere Ausweitung des Niedriglohnssektors zu stoppen, braucht Deutschland endlich [...] einen flächendeckenden und branchenunabhängigen Mindestlohn.“ (NPD-Aufruf). Da kennen

Faschist_innen sogar keine Rücksicht auf „branchenspezifische Notwendigkeiten“ – die Kalkulationen des Kapitals finden sie zwar gut, soweit sie der nationalen Sache dienen, aber wenn das ihrer Meinung nach nicht eintritt, möchten sie die auch mal einschränken.

Da entdeckt die NPD sogar „Klassenkampf von oben“. Damit zielt sie natürlich nicht auf Klassenkampf von unten, sondern beklagt die Spaltung des Volks. Klassenkampf ist für Faschist_innen nämlich nicht die bittere Notwendigkeit, die Interessen derer, die von Arbeit leben müssen, gegen die Macht von Staat und Kapital zu behaupten, sondern der nationale GAU. Die vom Kapitalismus produzierte Armut deutscher Arbeiter_innen sehen sie kritisch, weil sie zu einer Spaltung der Nation, zu einer Zerstörung der Volksgemeinschaft führt: „Ein bedrohliches Wachstum an den Rändern der Gesellschaft fordert eine Zerreißprobe der Gemeinschaft heraus....Der Klassenkampf hat das deutsche Volk in zwei Teile zerrissen und es so unfähig gemacht, Gemeinschaft zu werden.“(FN)

Wie kann es nur dazu kommen? Wo Faschos ihr Ideal der Volksgemeinschaft verletzt sehen, muss eine Krankheit des Volkskörpers vorliegen und nach den Ursachen geforscht werden: „Die Soziale Frage beschäftigt sich mit den Störungen und Krankheiten des sozialen Ganzen“ (FN). Und was sind die Krankheitserreger, die den Volkskörper zersetzen, Zwiebracht bis hin zum Klassenkampf stiften, wo doch „nationale Solidarität“(NPD) Not täte? Der gerichtete Blick der Neofaschist_innen wird schnell fündig und fällt auf allerlei „undeutsche Elemente“ in allen Teilen des Volkskörpers – sowohl bei den Arbeiter_innen, als auch beim Kapital. So sehr Faschos nämlich das national nützliche (das „schaffende“) Kapital mögen, so sehr misstrauen sie seiner Vaterlandstreue – erst recht, wenn es doch glatt Standorte vergleicht, statt heimatverbunden zu sein. Besonders das Finanzkapital mit seinen international vergleichenden Anlagen steht daher im Verdacht, statt des nationalen Auftrags „bloß“ sein Geschäftsinteresse im Auge zu haben, bzw. gleich in fremdem, feindlichem Auftrag unterwegs zu sein – und heißt dann das „raffende“ Kapital, ein Ort wo Nazis besonders eifrig nach nicht deutschen Elementen suchen und zielstrebig „Juden“ finden.

Endgültig Schluss mit lustig ist für Neofaschist_innen, wenn ins Arbeitsvolk undeutsche Elemente eingelassen werden. Die FN führen Niedrigstlöhne und Arbeitslosigkeit deutscher Arbeiter_innen auf ein „als Druckmittel missbrauchtes Millionenheer fremdrassiger Billiglohnarbeiter“ zurück, und die NPD entdeckt v.a. in der „Herstellung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit“ in der EU eine Methode des „Großkapitals“, „in Deutschland weiterhin eine große industrielle Reservarmee von Lohndrückern ... zu erhalten“. Neofaschist_innen bemerken also, dass die Arbeiter_innenklassen (die bei ihnen so nicht heißen dürfen) verschiedener Nationen gegeneinander ausgespielt werden, um Löhne zu senken. Da wäre doch glatt mal die gemeinsame Interessenlage der Arbeiter_innen verschiedener Nationen gegen Staat und Kapital zur Kenntnis zu nehmen. Mit geschultem nationalistischem Blick entdecken Faschist_innen aber etwas ganz anderes als Skandal: Das Kapital wird seiner nationalen Aufgabe nicht gerecht, Arbeitsplätze für Deutsche zu schaffen, und nutzt stattdessen vaterlandsvergessen ausländische Arbeiter_innen als Lohndrucker_innen, um so Gewinne zu machen. Solchen „fremdrassigen“ Elementen stehen diese Arbeitsplätze aber gar nicht zu, schließlich sollen nur Deutsche das Recht haben, sich für den Gewinn deutscher Kapitalist_innen abzumühen, und nur deutschen Arbeiter_innen steht das Privileg zu, gegen ihresgleichen als Lohndrucker_innen benutzt zu werden: „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben“ (FNB).

(Neo-)Faschist_innen sind also Fanatiker des nationalen Gelingens und des nationalen Ertrags der Klassengesellschaft: Sie stellen sich eine Volksgemeinschaft vor, in der Kapital und

Arbeit reibungslos zusammenwirken im Dienste des großen Ganzen, der Nation. Die Gegensätze zwischen beiden lösen sich ganz in ihrem nationalen „Gemeinschaftswerk“ auf. In einem solchen Volkskörper besteht der „organische Zusammenhang“ (FNB) darin, dass ein Volksteil, das Kapital nämlich, Gewinne macht, allerdings im Interesse der Nation, indem es nämlich dem anderen Volksteil, den Arbeiter_innen der Nation, Arbeitsplätze schafft, um ihnen den Arbeitsdienst an der Nation zu ermöglichen. Wenn sie in dieser trostlosen Rolle aufgehen, haben Arbeiter_innen neben dem Recht auf Anerkennung und Lob glatt auch noch das Recht verdient, dass sie davon und dafür leben können.

3. Mit ihrem Lob der Arbeit feiern die Faschist_innen also eine Knechtsgesinnung, die so bescheuert ist, wie sie zu kapitalistischen Verhältnissen und der schäbigen Rolle der Arbeit in ihr bestens passt: Arbeiter_innen sind im Kapitalismus tatsächlich nichts als die abhängige Variable der Kalkulationen des Geschäfts, dem sie dienen, und dazu genötigt, sich für fremden Reichtum, nämlich den der Kapitalist_innen und des Staates, krumm zu legen. Was passt da besser, als das Lob der Arbeit, als „Ehre für Fleiß und Bescheidenheit“? Trösten dürfen Arbeiter_innen sich mit dem Gedanken, dass ihre Arbeit für die Nation unverzichtbar ist und dass die Nation mit ihr zu etwas kommt, und dass sie deshalb „in ihrer Heimat“, also ihrer Nation, auch eine (Über-)Lebensperspektive und den Dank des Vaterlands, also Ehre verdient hätten.

Wer dieses faschistische Lob der Arbeit kritisieren will, findet im Text oben einige Argumente dazu. Aber vielleicht ist es ja dem Einen oder der Anderen schon aufgefallen: Die (neo)faschistische Kapitalismuskritik macht bloß blutigen Ernst mit Evergreens des ganz normalen demokratischen Genörgels:

o Dass „Gemeinnutz vor Eigennutz“ geht – da widerspricht kaum jemand, anstatt einzuwenden, dass er oder sie kein „Gemeinwesen“ braucht, das im Gegensatz zu den eigenen Interessen steht.

o Dass das mühselige Leben der arbeitenden Bevölkerung Grund für Respekt und Anerkennung sei, da nicken alle – aber ist das denn vernünftig? Wenn diejenigen, die von fremder Arbeit profitieren, so voller Lob für sie sind, ist die geheuchelte Anteilnahme ja noch zu verstehen – aber müssen wir da auch noch mitmachen, oder uns gebauchpinselt fühlen?

o Dass Arbeitslosigkeit schlecht und „Arbeit“ besser sei – das meinen noch alle guten Deutschen. Aber ist das nicht vielmehr ein Armutszeugnis?

o Wenn alle irgendwie Mindestlöhne für nötig halten – warum wird da niemandem davon übel, dass es in dieser Gesellschaft schon fast als Glück gelten soll, wenn bloß gelebt wird, um zu arbeiten?

o Dass Armut (nicht die ganz normale, ein Leben lang der Vermehrung fremden Eigentums dienen zu müssen, sondern die „extreme“, die „außerordentliche“) „ein Problem für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“ sei, das meinen auch Hinz und Kunz, spätestens wenn sie es von ihren Politiker_innen hören. Aber ist das nicht eine zynische Sorge, dass nicht Arme ein Problem haben, sondern eins sind für die Gesellschaft, die sie in Armut stürzt?

o Und wenn wegen der „zunehmenden Armut“ vor einer „Gefährdung des sozialen Friedens“ gewarnt wird – ist es dann nicht an der Zeit ihn zur Antwort aufzukündigen? Dann hätten auch Faschist_innen endgültig nichts mehr zu lachen – es gibt nämlich auch Kinder, die mit dem Bade ausgeschüttet gehören!

Glossar

Care work: Umfasst den gesamten Bereich von Verdienstquellen in der familiären und institutionalisierten Gesundheitsversorgung, der Erziehung und der Betreuung von Kinder und pflegebedürftigen und alten Menschen.

Die Aufzucht und Erziehung der neuen Staatsbürger_innen, sowie die Pflege der klapprigen, vom System verschlissenen Alten, also alle Arbeiten, die für die Reproduktion einer ganzen Klasse benötigt werden, sind den kapitalistischen Maßstäben von Geldaufwand und Geldertrag unterworfen. Nur wenn du Geld hast, kannst du deinen Opa pflegen lassen, und auch das Kindermädchen will durch ihre Arbeit an den schnöden Mammon kommen. Das unterstellt zur einen Seite, dass nur, wer Geld hat, Erziehungsarbeit o.ä. in andere Hände geben kann (damit Mutti dann Zeit hat, selbst lohnarbeiten zu gehen), zur anderen Seite ist damit auch klar, dass es nicht um Opi, sondern ums Geldverdienen geht, wenn im vorgegebenen Schnitt alle fünf Minuten „der Nächste bitte“ zum Waschgang im Altenheim gezerrt wird. Der Zweck, den der Staat bei der Etablierung des Carework-Sektors verfolgt, ist die Muttis von Herd und Kind wegzubekommen, um dadurch möglichst viele Volksteile möglichst dauerhaft zu vernutzen.

diversity management: Im Kapitalismus wird einem_r gleich jede Besonderheit zum Nachteil im Konkurrenzkampf ausgelegt (Geschlecht, Behinderung, Krankheit, Ethnizität...ist hierzulande Grund für schlechtere Einstellungschancen, weniger Lohn etc.). Aufgrund dieser durchgesetzten und gültigen Härte spekulieren moderne Unternehmen heutzutage damit, Ertrag daraus zu schlagen, den Leuten trotz ihrer Besonderheiten einen durchschnittlichen Arbeitsplatz zu gewähren und sie sich dadurch noch umso nutzbarer zu machen. Denn diese neue „Menschlichkeit“ zielt darauf, eine vergrößerte Loyalität der Mitarbeiter_innen auf sich zu ziehen, das Image des Unternehmens zu verbessern, Vorteile in der Konkurrenz um Qualifizierte Mitarbeiter_innen zu erlangen... alles im Sinne des Unternehmens und unter den herkömmlichen Erfolgsmaßstäben seiner üblichen Profitmacherei.

Ermittlungsausschuss: Rechtshilfegruppe. Kümmert sich bei linken Demonstrationen und Aktionen um Festgenommene, vermittelt Rechtsanwält_innen, sorgt sich um Rechtsbeistand. Auch, wenn ihr Festnahmen nur beobachtet, meldet euch beim EA.

Opportunität; opportun (hier): Vorgabe, Maßstab; zweckmäßig, angemessen

People of Color: Der Begriff grenzt sich ebenfalls von rassistischen und biologistischen Zuschreibungen ab und bezeichnet Menschen, die in dieser Gesellschaft Rassismus erfahren.

polyamourös: Liebesbeziehungen zu mehreren Partner_innen haben

regressiv (hier): veraltet, rückschrittig

Repression: gewaltsame Unterdrückung

suggestieren (hier): vorspielen, vortäuschen, weismachen

„weiß“ und „schwarz“: Mit der Kursivschreibung der adjektivischen Bezeichnungen „weiß“ und „schwarz“ beziehen wir uns auf postkoloniale und antirassistische Theoretiker_innen, die die hinter diesen Begriffen stehenden, biologistischen Konzepte als gesellschaftliche Konstrukte verstehen und kritisieren. Die Kursivschreibung markiert eine Distanzierung und Reflexion von diesen Kategorien, die Ausdruck falschen Bewusstseins und von Herrschaft sind und gleichzeitig gesellschaftlich überaus wirkmächtig sind und so „real“ werden.

Anzeige



intros*

Reihe Intros.
Einführungen in kritische Gesellschaftstheorie

Einführung in Faschismustheorien.

Wochenendseminar mit Moritz Zeiler [Bremen]
am 16.-17. April 2011
Infoladen / St. Pauli-Str. 10-12 / Bremen.
Anmeldung bitte unter talpe@gmx.net.

Deutschlands Neue Rechte.

Angriff der Eliten – Von Spengler bis Sarrazin
Buchvorstellung mit Volker Weiss [Hamburg]
am Dienstag 12 April 2011
20 Uhr / Infoladen / St. Pauli-Str. 10-12 / Bremen

ASSOCIAZIONE DELLE TALPE

[Termine]

Jeden 1. Donnerstag im Monat | Bremen | 19.30 Uhr
 Agitare Bene
 Offener Diskussionstermin für den keine Vorbereitung nötig ist.
 Im „Kurzschluss“, Lahnstraße 16.
 Veranstaltet von der Basisgruppe Antifaschismus und Kritik im Handgemenge

Jeden ersten Dienstag im Monat | Berlin | 19 Uhr
 Agitare Bene
 Veranstaltet von der Gruppe Jimmy Boyle. Reichenbergerstr. 63a, Berlin

Jeden 1. Donnerstag im Monat | Hannover | 19 Uhr
 Disko Hannover – politische Basics
 Veranstaltet von Assoziation gegen Kapital und Nation und Fast Forward.
 „Sturmglöcke“ (Klaus-Müller-Kilian-Weg 1, 30167 Hannover)
 diskohannover.blogspot.de

14.04.2011 | Bremen | 19 Uhr
 Faschismus und Antifaschismus heute
 Zum NPD-Aufmarsch am 1. Mai in Bremen. Wie man die Neonazis kritisieren sollte und wie besser nicht.
 „Bürgerhaus Weserterrassen“, Osterdeich 70 b. Referent: Freerk Huisken.

23.04. 2011 | Bremen | 19 Uhr
 Warum gibt es Nazis?
 Gruppe Kritik im Handgemenge
 Infoladen Bremen, St. Pauli Str. 10-12.

07. Mai 2011 | Bremen | 21 Uhr
 Gebt uns eure Tauschmittel!
 Soliparty im Sielwallhaus
 Basisgruppe Antifaschismus

Anzeige

KINO IN BEWEGUNG**Eine Filmreihe gegen Rechts!**

Kino Cinema Ostertor Bremen
 03.April bis 08.Mai 2011
www.kino.in.bewegung.blogspot.eu

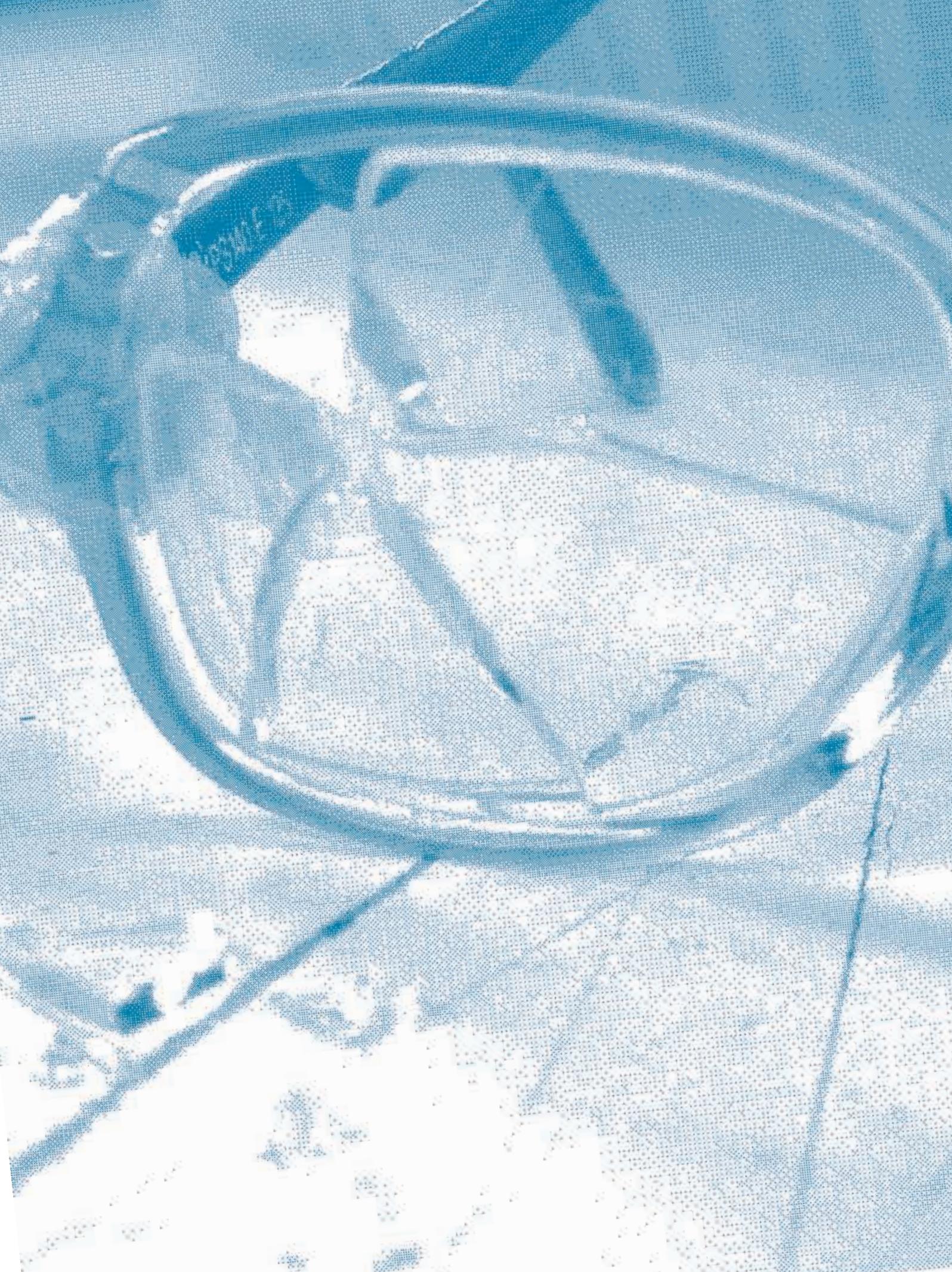
Wichtige Links:

www.antifee.de
www.basisgruppe-antifa.de
www.junge-linke.org
www.rote-hilfe.de
www.archivbremen.de
www.gegenstandpunkt.com/
www.argudiss.de/
bremen.argudiss.de/
www.farberot.de/
www.antifee.de
www.strassenausucker.de



Kommunistisches Bündnis ...ums Ganze!
www.umsganze.de

...ums Ganze!



Das Ende eines erfolgreichen Tages.